Krise25v02

von den Staatsschulden zu den Sozialausgaben über die Rentenkrise bis zur Generationengerechtigkeit

RL

12. Dezember 2025

> „Wir können uns dieses System nicht mehr leisten."
>
> Friedrich Merz, Tageschau 30.08.2025[1]

Diese Aussage eines Bundeskanzlers ist nicht neu. Im Gegenteil, Feststellungen solcher Art begleiten die Bundesrepublik Deutschland fast durch die ganze Zeit ihrer nunmehr sechsundsiebzig jährigen Geschichte. Von der Rentenreform 1957[2] über

> „Die Rente ist sicher."[3]

bis zum heutigen Tag.

Die noch grundsätzlicher Frage, nämlich wie ein Gemeinwesen wirtschaften kann, oder sollte, ist so alt, wie die Gemeinwesen selbst.

> „Aus der jugendlich-freundschaftlichen Bindung Goethes an den jungen Herzog Carl August war bald ein von gegenseitiger Achtung geprägtes Dienstverhältnis geworden. In Eisenach erlebte Goethe den Arbeitsalltag eines herzoglichen Staatsmannes und dessen Schwierigkeiten bei der Minderung sozialer Missstände. Er klagte über die Eisenacher ‚Sauwirtschaft' und den ‚Mansch', an dem man noch lange werde leiden müssen."[4]

[1] https://www.tagesschau.de/inland/merz-fordert-einsparungen-sozialsystem-100.html
[2] https://de.wikipedia.org/wiki/Rentenreform_1957
[3] https://de.wikipedia.org/wiki/Norbert_Bl%C3%BCm
[4] https://www.eisenach.de/leben/geschichte/persoenlichkeiten/johann-wolfgang-von-goethe/

Inhaltsverzeichnis

1 Abstract **4**

2 Vorbemerkungen **5**

3 SCHULDEN **6**
3.1 Privatschulden . . . 6
3.1.1 Familie Schwab I . . . 7
3.1.2 Firma Oberschwab I . . . 10
3.1.3 das Gemeinwohl . . . 12
3.1.4 Ungleichheit . . . 12
3.2 Staatsschulden . . . 14
3.2.1 Annäherungen an das Problem . . . 14
3.2.2 Historisches . . . 16
3.2.3 Unterschiede . . . 17
3.2.4 Deutschland heute . . . 21

4 Krisen **23**
4.1 Was sind Krisen? . . . 24
4.1.1 Familie Schwab II . . . 24
4.1.2 Der Deutsche Staat I . . . 25
4.1.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der unterschiedlichen „Krisenebenen“ . . . 27
4.2 Krisen des Deutschen Staates . . . 29
4.2.1 Die Schuldenkrise des Deutschen Staates . . . 29
4.2.2 Was ist das Bruttoinlandsprodukt? . . . 31
4.2.3 Die Schuldequote . . . 33
4.2.4 Vergleich Europa . . . 34
4.2.5 das Jahr 2025 . . . 35
4.3 Die Sonderhaushalte . . . 39
4.3.1 alle Kredite . . . 39
4.3.2 Summer aller Sondervermögen . . . 40
4.3.3 Quotient Sondervermögen . . . 40
4.3.4 Liste Sondervermögen . . . 41
4.3.5 Anlässe u. Folgen . . . 44
4.4 Die Schulden im Bundeshaushalt . . . 46

5 Stagnation **49**
5.1 Verteitigungshaushalt . . . 50
5.2 Verteitigungsquoten . . . 51

6 Demografischer Wandel **58**
6.1 die „Explosion“ der Sozialausgaben 66
6.2 die Sozialquote 69
6.3 Versicherungsfremde Leistungen 73
6.3.1 Versicherungsfremde Leistungen GRV nach Ansicht der RV sind: . 75
6.3.2 Versicherungsfremde Leistungen nach Ansicht der GKV sind: . . . 77

7 Sparquote **79**

8 Fazit **80**

9 Ausblicke **81**
9.1 Ungleichheit 82
9.2 Finanzen 82
9.3 Wirtschaft u. Industrie 82

1 Abstract

Das obige Zitat von F. Merz wird im Folgendem auf seine Stichhaltigkeit geprüft und schrittweise bewertet. Es werden die Grundlegenden Daten aus öffentlichen Datenquellen eingeführt: Staatsschulden, Staatsausgaben, Bruttoinlandsprodukt, Staatsquote. Es wird ein Vergleich zu Staaten der EU und zum EU-Durchschnitt gezogen. Anschließend werden der Sozialhaushalt, das Sozialbudget und die Sozialquote in diese Darstellungen einbezogen. Die Behauptung, es gäbe identifizierbare Schuldige für diese Missstände, lässt sich nicht beweisen.

2 Vorbemerkungen

Dieser kleine Aufsatz ist für Leser gedacht, die mit dem aktuellen Stand der öffentlichen Diskussion um das Rententhema und die Gesundheitskosten nicht zufrieden sind und den Wunsch verspüren, sich über die Ursachen dieses immer wieder auftretenden Problems einmal etwas genauer zu informieren.

Dass Voraussetzungen dazu jeweils sehr unterschiedlich sein können, ist nicht zu vermeiden. Was dem einen an Information und Erklärung notwendig ist, wird dem anderen als zu weitschweifig, zu umständlich, oder schlicht als überflüssig erscheinen. Dafür habe ich keine Lösung gefunden. Mein Bestreben ist es, alle Begriffe und Schlussfolgerungen, die in den Debatten der Wochen vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2026 (November 2025) aufgetaucht sind, in ihrer Bedeutung zu erklären und so in einen Zusammenhang zu bringen, dass sich am Ende der Untersuchung die Notwendigkeit von einer Reform der Sozialsysteme für jedermann erschließt.

Um meinen Text über die vielen Grafiken hinaus anschaulich zu gestalten, werde ich zu Beginn eine Beispiel-Familie und hin und wieder auch eine Beispiel-Firma bemühen – und dort wo es mir sinnvoll und hilfreich erscheint, auf diese Beispiele zurückgreifen. Aber: diese Beispiele haben nichts mit den Durchschnittswerten von diesen volkswirtschaftlichen Einheiten zu tun, wie sie sich etwa aus einem Zensus, oder Wirtschaftsstatistiken herleiten ließen. Es handelt sich eher um einen „Jedermann“, welcher für uns nachvollziehbare Entscheidungen zu treffen hat. Dabei sollte klar sein, dass sich dieser Jedermann nicht durch alle alle Beispiele und Facetten aller auftauchenden Themen durchhalten lässt.

Ich werden als Erzählstil im weiteren Text immer wieder den Pluralis Auctoris verwenden. Da diese Ausdrucksform heutzutage nicht mehr jedermann geläufig ist, sei er im folgenden Zitat kurz erklärt:

> Als Pluralis Auctoris (auch Autorenplural, Autorenmehrzahl) bezeichnet man die Verwendung einer Pluralform in wissenschaftlichen Texten und Vorträgen oder in der juristischen Sprache.[5]

[5] https://de.wikipedia.org/wiki/Pluralis_Auctoris

3 Privatschulden versus Staatsschulden

Wenn man sich – wie im Ausgangszitat formuliert – etwas nicht mehr leisten kann, was man sich vorher leisten konnte, dann ist das in der Wirtschaft eines Gemeinwesens, hier in einer Volkswirtschaft, im Allgemeinen Ausdruck einer Krise. In Friedenszeiten handelt es dabei in der Regel um Wirtschaftskrisen.

> „Als Wirtschaftskrise bezeichnet man in der Volkswirtschaftslehre die Phase einer deutlich negativen Entwicklung des Wirtschaftswachstums.“[6]

Da alle Politiker wissen, dass Wirtschaftskrisen über kurz oder lang in Vertrauenskrisen umschlagen, wenn der Zustand nicht geheilt werden kann, ist im obigen Zitat des Bundeskanzlers nicht von einer Wirtschaftskrise die Rede. Auch die Junge Union, die das Rententhema bei der Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2026 so sehr in den Fokus der Medien gezogen hat, spricht nicht von einer Wirtschaftskrise; allenfalls von einer Rentenkrise und vor allem von einem sich anbahnenden Generationenkonflikt.

Solche Unschärfe in der Formulierung eines Konfliktes erschwert die Auseinandersetzung enorm, denn dem Krisen-Redner bleibt an jeder beliebigen Stelle das Tor offen zu sagen: „so habe er das nicht gemeint“, um anschließend auf eine andere Nuance seines Themas umzuschwenken. Ich erwähne diese Schwierigkeit deswegen, weil darin der Grund liegt, dass ich mich mit meinen Überlegungen nicht an einem fiktiven Gegenüber abarbeite, sondern meiner eigen Logik folge, so wie ich diese in den auftauchenden Themen verborgen zu finden glaube.

Es ist für mich gesetzt: wer so spricht, wie der Kanzler im Zitat, oder die Junge Union in ihrer Position zur Rente, der kann nur eine Krise meinen.

Sowohl der Kanzler, als auch die JU behaupten in ihren Aussagen, dass der Staat auf Dauer das jetzige Sozialsystem (Kanzler), oder das Rentensystem (JU) nicht mehr bezahlen kann, ohne der gesamten Gesellschaft (Kanzler), oder den nachfolgenden Generationen (JU) Schaden zuzufügen. Und wer so spricht, sollte das auch gut begründen. Begeben wir uns also zuerst auf die Suche:

3.1 Privatschulden

Ich behaupte hier am Anfang, der größte Unterschied zwischen Staatsschulden und Privatschulden besteht darin, dass Privatschulden praktisch i m m e r zurückgezahlt werden müssen und Staatsschulden n i e zurückgezahlt werden. Das ist zunächst eine sehr

[6] https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftskrise

Aufz. 1: Schuldenarten

1. was unterscheidet Privatschulden (Privathaushalte u. Firmen)
2. von Staatsschulden
   a) wie werden Staatsschulden “gemacht”
   b) wer ist der Schuldner und wer sind die Gläubiger
   c) was wird aus diesen Schulden
3. wer ist „Schuld“ an den diesen Schulden

grobe Vereinfachung. Wie das im Einzelnen passiert, dazu in den nächsten Abschnitten mehr.

3.1.1 Familie Schwab I

Ich beginne dazu mit der Schwäbischen Hausfrau von Herrn Schäuble. Die Schwäbische Hausfrau macht keine Schulden. Sie ist die Erfinderin der Schwarzen Null. Bevor sie Geld ausgeben muss, spart sie es an. Aus ihrer Sicht ist das sehr vernünftig, es gibt keine Risiken, die sie nicht selbst steuern kann.

Die Familie Schwab wohnt in einem kleinen Ort auf der Alp. Arbeitsplätze gibt es dort nicht. Herr und Frau Schwab benutzen jeder ein eigenes Auto um zu verschiedenen Arbeitsorten zu Fahren. Die älteste Tochter hat gerade ihre Schule beendet und beginnt nun eine Ausbildung – leider an einem Ort, der weder von Herrn noch von Frau Schwabs Arbeitsweg tangiert wird, ÖPNV gibt es nicht. Ein unlösbares Problem ist das nicht. Denn Frau Schwab weiß ja seit Jahren, wann die Tochter aus dem Haus muss. Also hat sie schon für ein drittes kleines Auto gespart. Die Familie Schwab lebt damit froh und vergnügt, bis leider nacheinander ein paar Dinge passieren, welche außerhalb der Kontrolle von Frau Schwab liegen.

Aufz. 2: Familienunglück

1. Ein Trecker rammt nachts das Auto von Herrn Schwab – Totalschaden, Zeitwert dreimarkachtzig …

2. Herr Schwab ist der Hauptverdiener, also benutzt er jetzt das Auto von Frau Schwab. Tochter Schwab und die Mutter müssen nun viel Zeit aufwenden um nacheinander Ausbildings- und Arbeitsort zu erreichen, auf Dauer ist das nicht machbar

3. Da die Tochter eine Banklehre macht, kann sie ihre Mutter überreden für ein neues, kleines Auto einen kleinen Kredit bei ihrer Bank aufzunehmen. Aber klein ist relativ.

4. Dann schreitet das Unglück fort. Die Fabrik in der Herr Schwab arbeitet brennt zu einem großen Teil ab. Fremdverschulden kann nicht festgestellt werden. Erst gibt es Kurzarbeit, dann Entlassungen.

5. Herr Schwab hat keine Arbeit mehr. Das Familieneinkommen ist mehr als halbiert. Es ist ein Kredit abzubezahlen. Auch wenn die Tochter sich einen 450 Euro Job neben der Ausbildung antut, kann sie das Auto und den Unterhalt nicht allein finanzieren.

6. Die ganze Familie muss den Gürtel enger schnallen. Auch wenn es etwas peinlich ist, der jüngste Sohn muss nun auch noch in der siebten Klasse mit seinem Kinderrad zur Schule fahren. Es wissen ja sowieso alle im Dorf, dass Familie Schwab gerade eine Pechsträhne hat.

7. Um das Familieneinkommen zu entlasten arbeitet Herr Schwab nun jeden Tag im eigenen Garten: was man selbst vom eigenen Boden erntet, muss man nicht kaufen. Leider verletzt er sich bei dieser Arbeit am Fuß und die Wunde heilt nur schlecht. Jetzt ist er nicht nur arbeitslos, sonder aktuell nicht vermittelbar; im Garten arbeiten kann er auch nicht. Ein Esser, der nichts nach Hause bringt, sprengt irgendwann das Budget der Familie.

8. Da gibt es aber immer noch drei Autos in der Familie, von denen eines aktuell nicht gebraucht wird. Sollte man es verkaufen, um den Kredit abzulösen? Was macht die Familie, wenn Herr Schwab wieder Arbeit bekommt? Nur eines steht dabei fest: im Dorf wird die Arbeitsstelle nicht sein!

Diese Geschichte ist nun etwas breit ausgepinselt und auch ein bisschen melodramatisch, aber sie ist durchaus real. Und das wichtigste an unserer Geschichte: die Schwabs haben alles richtig gemacht. Man kann ihnen nichts vorwerfen, die Not ist über sie gekommen.

Halt! Hätte die Familie Schwab R ü c k l a g e n gebildet, bevor sie sich auf das „Abenteuer Leben“ einließ … aber die Schwabs haben keine Rücklagen, die haben drei Kinder.

Leider ist die Geschichte hier noch nicht zu ende:

Aufz. 3: weiteres Familienunglück

1. die Familie hat drei Autos, wovon eines nicht gebraucht wird und die müssen einen Kredit bedienen
2. es ist nur sinnvoll ein Auto zu verkaufen und damit den Kredit abzulösen, sollte Herr Schwab plötzlich eine Arbeit bekommen, dann muss es eben irgendwie gehen, als Familie schafft man das schon
3. mit dem Kredit ist das ganz nicht so einfach, die Tochter lernt in einer Bank und rechnet folgendes aus:
   a) eines der neuen Autos zu verkaufen, ist weniger nachhaltig, denn der Wertverlust eines Neuen Gebrauchten ist am Ende höher, als die Sparrate durch den abgelösten Kredit
   b) der Verkauf des ältesten Gebrauchten bringt aber nicht die Ablösesumme für den Kredit plus Vorfälligkeit, es fehlen tausend Euro, die schießt Oma Schwab zu
   c) eine zweite Peinlichkeit, der zu große Junge fährt weiter sein Kinderrad, Mama Schwab muss Geld bei ihrer Mutter borgen, die auch nur ihre Rente hat
   d) immerhin, die Oma wird nur 50 € im Monat kosten, das ist ein Fortschritt gegenüber der Rate für ein ungenutztes Auto von 250 €
4. Das ist ein Aufatmen. Aber die Familie ist jetzt so knapp auf Kante genäht, was passiert, wenn Frau Schwab auch …

Wir machen das jetzt nicht noch dramatischer als die Situation eh schon ist. Übertreibung glaubt uns sowieso keiner.

Entsprechend unserer Systematik 1 auf Seite 7 halten wie an dieser Stelle fest:
Die Schuld der Familie Schwab an ihren Schulden besteht im Konsum mit Hilfe eines Kredites, ohne entsprechende Rücklagen.

3.1.2 Firma Oberschwab I

Schauen wir uns stattdessen in der Welt um. Wie geht es z. B. der Firma von Herrn Schwab, er war dort ein geachteter, langjähriger Mitarbeiter. Wir erinnern uns: die Fabrik ist zu dreiviertel abgebrannt. Die Produktionsanlagen sind fast gänzlich vernichtet. Aber der Eigentümer der Fabrik, Herr Oberschwab, ist in einer gänzlich anderen Lage! Er hat die Firma geerbt: Gebäude, Ausrüstung und Grundstück, schuldenfrei! Zusätzlich ist Herr Obeschwab in einer sehr komfortablen Position:

Aufz. 4: Firmenglück

1. Das Grundstück auf dem sich seine Firma befindet ist aus nicht mehr bekannten Gründen sehr langgestreckt.
2. Deswegen kann er das Wegerecht für eine Kiesgrube hinter seinem Grundstück verkaufen. Das Kieswerk spart bei jeder Fahrt 5 km, braucht deswegen zwei Kraftfahrer weniger – und zahlt freiwillig einen sehr guten Preis.
3. Herr Oberschwab kann mit diesem Geld seine neuen Produktionshallen und Maschinen bezahlen.
4. Die neuen Maschinen sind so viel modernen und besser, dass er nur noch ein drittel seiner ehemaligen Belegschaft braucht.
5. Schon nach acht Monaten kann die Firma Oberschwab wieder das volle Sortiment liefern. Schneller und von besserer Qualität.
6. Die Umstellung der Maschinen für eine anderes Produkt dauert nun nicht mehr zwei Tage, sondern nur noch eine Nacht.
7. Herr Oberschwab muss sich um neue Absatzmärkte bemühen, um seinen neuen Maschinenpark auszulasten.
8. Das alles richtet sich nicht persönlich gegen Herrn Schwab – auch wenn er das als Ungerechtigkeit empfindet, – lässt sich aber leider nicht vermeiden.

Was lehrt uns nun diese erfundene, aber durchaus realistische Geschichte?

Aufz. 5: Krisen haben Verlierer und Gewinner

1. Krisen in Systemen kennen oft Verlierer UND Gewinner.
   a) In diesem Beispiel gib es mehrere System-Gewinner:
      i. die Firma Oberschwab
      ii. das Kieswerk
      iii. die Sparkasse des Ortes, die dem Kieswerk den Kauf der neuen Zufahrtsstraße mit einem Kredit finanziert
      iv. die Einnahmen der Kommune an Gewerbesteuer steigt
      v. die Umsatzsteuereinnahmen steigen
      vi. vielleicht auch irgendwann (Abschreibungen) … die Einnahmen aus der Besteuerung der Firmengewinne
   b) und mehrere Verlierer:
      i. die Familie Schwab
      ii. und weil Vater Schwab nicht der einzige Arbeitslose ist
      iii. steigen in der Kommune die Sozialausgaben
      iv. die Krankenkassenbeiträge sinken
      v. die Einnahmen aus der Einkommensteuer sinken
      vi. die Kaufkraft im Ort sinkt

Wir halten an dieser Stelle fest:
Unsere einfache Frage nach einem Schuldigen – entsprechend der Systematik 1 auf Seite 7 – an der Misere im Ort können wir nicht mehr sinnvoll beantworten.

Siehe dazu Fussnote[7]

[7] Wir merken hier schon einmal vor, dass die Aussage des Kanzlers und die Unterstellung der JU aber genau dieses tun: sie p e r s o n a l i s i e r e n eine Schuld, die vielleicht gar nicht bei den beteiligten Personen zu finden ist, sondern die, wenn, dann einer Dynamik des Systems entspringt, mit der ein Unglück – hier der Brand in der Firma Oberschwab – gemeinschaftlich geheilt wird. (siehe „Verlierer und Gewinner“ 1 auf Seite 11)

3.1.3 das Gemeinwohl

Bis hier her ist die Beschreibung unserer kleinen Krise trivial. Was nicht jedermann sofort bewusst ist, die wirtschaftliche Gesamtrechnung unseres Gewerbegebietes ist nach der Krise positiv: das „Bruttosozialprodukt“ dieser wirtschaftlichen Einheit ist gestiegen, sofern die Umsatzerlöse der Firma Oberschwab und des Kieswerkes die entfallenen Löhne übersteigen – wovon in der Regel auszugehen ist.

Zuletzt wollen wir nicht vergessen:

Aufz. 6: unterschiedliche Auswirkungen von Krediten

1. der Privatkredit der Familie Schwab wird erst zur Last und später zur Not
2. der private Firmenkredit des Kieswerkes
   a) entwickelt die Infrastruktur (neue Zufahrtsstraße, neue Maschinen der Firma Oberschwab)
   b) entlastet die Umwelt (weniger/kürzere LKW-Fahrten)
3. die Zinsen beider Kredite mehren das Kapital der Gläubiger

3.1.4 Ungleichheit

Wenn wir sagen, die oben beschriebene Krise erzeugt einerseits eine Not und erhöht andererseits das Sozialprodukt, dann spalten sich hier zum ersten mal die Schuldner nach den Eigentumsverhältnissen.

Und wenn wir weiter annehmen, dass die Familie Schwab in einer Mietwohnung wohnt und keine finanziellen Rücklagen hat, dann ist klar, dass der Autokredit nur noch durch das Auto selbst bei der Bank besichert ist, wenn Vater Schwab arbeitslos wird.(Siehe Unterschied Firmenkredit auf Seite 13) Also muss der Autokredit entweder abbezahlt werden, sonst ist das Auto weg.[8]

[8] Um der sozialen Gerechtigkeit Willen: der Lebensunterhalt einer Familie kann nur bis zu einem Selbstbehalt gepfändet werden. Und um die Familiengeschichte nicht ins uferlose auslaufen zu lassen, sehe ich hier von von den folgenden Möglichkeiten ab: der Stundung des Kredites. Tilgung und Zinsen werden ausgesetzt. Oder Prolongation, die Laufzeit wird verlängert – Zins und Tilgung werden neu verhandelt. Egal was der Privatschuldner auch versucht, er muss das Auto im Rahmen seines Kreditbetrages bezahlen, die eben angesprochenen Krücken Stundung und Prolongation verteuern am Ende nur das Auto.

Kein privater Schuldner bekommt einen Bank-Kredit, ohne Zinsen und Tilgung und muss erst am Ende der Kreditlaufzeit die Gesamtsumme auf den Tresen legen – so wie die Firma Oberschwab. Ich rede hier von „seriösen“ Bankgeschäften und nicht von privater Verschuldung bei Kredithaien. Ein Auto wird entweder bar bezahlt, oder mit einem Bank-Kredit, das ist in unserer Welt der normale Weg für „gehobenen“ Konsum.

Die Firma Oberschwab und das Kieswerk haben da Alternativen.

Das Kieswerk kann sich möglicherweise die Mittel für seine Investition in Kauf und Ausbau der neuen kurzen Straße mit einem Kredit beschaffen, für den weder Zins noch Tilgung zur Laufzeit fällig werden. Am Ende der Kreditlaufzeit wird der ganze Betrag fällig, wird er getilgt endet die Schuldnerschaft fristgemäß.[9]

Außerdem hat das Kieswerk noch eine andere Option: rückt die Fälligkeit für die Rückzahlung des Kredites näher, nimmt das Kieswerk einen neuen Kredit bei seiner Bank, oder bei einer anderen Bank auf, löst mit dem neuen Geld den alten Kredit ab und beginnt den Kreis von vorn. Es ist sogar möglich, dass der neue Kredit günstiger ist, als der erste.

[9] Ich will hier nur ganz verkürzt wenigstens erwähnen: das Kieswerk hat in der Laufzeit größere finanzielle Freiheit, die Bank nimmt einen anderen Zinssatz und lässt sich die Schuld mit Firmenanteilen besichern.

3.2 Staatsschulden

Staatsschulden können bei unvorbereiteter Betrachtung schnell zu einem Mysterium werden: für die einen sind sie ein Fluch, für die anderen ein Seegen. Oft genug sind sie der einzige Ausweg aus einer Krise. Wie das Chamäleon im Blätterdickicht an einer plötzlichen Bewegung, so kann man die genauen Umrisse eines Schuldenpaketes erst an seiner konkreten Wirkung erkennen. Aber Staatsschulden hat es schon immer gegeben, egal, wie groß, oder klein die Königreiche und Fürstentümer waren.

3.2.1 Annäherungen an das Problem

Staaten haben es einfach. Staaten gehen nicht bankrott, oder werden insolvent, auch wenn diese Gefahr immer wieder angedroht wird. Staaten vermelden stattdessen einen Zahlungsausfall, entweder

Aufz. 7: Zahlungsfall des Staates: Arten

1. auf die Auslandsschulden
2. oder die Inlandsschulden

Außerdem gibt es noch die Möglichkeit, dass Staaten untergehen, historisch z. B. in einem Krieg, heute durch einen Beitritt zu einem anderen Gemeinwesen (Deutsche Einheit). Aber auch bei einem Beitritt verschwinden die Schulden eines untergegangenen Staates nicht automatisch. Dafür gibt es in der Regel zwei Szenarien:

Aufz. 8: Auswege aus dem Zahlungsausfall

1. Seine Auslandsschulden muss ein Staat über seinen Untergang hinaus bedienen, oder sein Rechtsnachfolger tritt in diese Schuld ein.
2. Mit seinen Bürgern kann ein Staat „machen was er will“, d.h. seine Inlandsschulden kann er durch Inflation, oder Währungsreform abwerten – allerdings zu Lasten seiner Bürger …

Natürlich gilt 8.1 nur in einem System stabiler und durch Verträge geregelter internationaler Beziehungen. Kriegerischer Landraub verpflichtet den Sieger zu gar nichts, wenn

er über internationale Dominanz verfügt und aktuell von den internationalen Finanzmärkten nicht abhängig ist. Vor allem der letzte Punkt kann von besonderer historischer Bedeutung sein: das internationale Finanzkapital „vergisst“ nie. Es kann passieren – und ist in der Vergangenheit immer wieder passiert –, dass ein „Sieger-Staat“, wenn er Jahrzehnt später seine Dominanz verloren hat, auch von den alten Schulden eingeholt wird.[10]

Warum diese ausführliche und etwas umständliche Einleitung? Wir hatten schon bei den Firmenkrediten gesehen, dass die „Freiheitsgrade“ des Schuldners mit dem Maße seines Eigentums zu nehmen. Ein Staat hat immer einen „Pfand“ für seine Schulden zu bieten. Staaten, als geografische Objekte, sind ein unersetzliches, aber wertmäßig schwer zu bestimmenden „Eigentum“ (an Grund und Boden). Eine Wüste, die gestern und heute keinen finanziellen Wert hat – niemand würde das Land kaufen – kann schon morgen zu einem enormen Spekulationsobjekt werden, wenn sich plötzlich unter dem Wüstenboden Öl befindet. Staaten haben also i m m e r etwas zu bieten, abhängig lediglich davon, wie das gebotene taxiert wird.

Kommen wir nun zu der Frage, wer da Kredite anbietet, wenn ein Staat sich verschulden will/muss. Natürlich kann auch ein Staat zu einer Bank gehen und dort einen Kredit aufnehmen, wie die Familie Schwab, oder die Firma Oberschwab. Allerdings scheiden viele Banken bei diesen Kreditgeschäften dadurch aus, dass sie nicht die Kredithöhen aufbringen können, die Staaten benötigen. Deshalb begeben Staaten „Staatsanleihen“.

In Deutschlandkönnen Privatpersonen seit 2013 nicht mehr direkt Schuldtitel vom Staat kaufen. Kreditgeber sind vielmehr Finanzinstitutionen.[11] Von diesen Institutionen können dann wiederum auch die Bürger Staatsanleihen erwerben und mit diesen „sparen“, oder handeln.[12]

[10] So geschehen im Jahr 1996. Als die Russische Föderation die Altschulden aus dem Zarenreich übernehmen musste, um wieder internantional kreditwürdig zu werden.
https://taz.de/Russland-zahlt-Schulden-aus-der-Zarenzeit/!1426220/

[11] https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/staatsschulden-finanzagentur-anleihen-100.html

[12] Es sei an dieser Stelle nur kurz erwähnt, dass diese „Maklerfunktion“ der Finanzinstitutionen zwischen dem Staat und dem privaten Anleger niemals kostenlos ist. Je nach dem aus welcher Perspektive man schaut, sinkt die Rendite für den privaten Anleger, weil der Makler einen Teil des Zinses für sich einbehält. Aus der Sicht des Staates verteuert sich der Kredit, weil er einen Zwischenhändler bezahlen muss. Begründet wird die Notwendigkeit dieser Makler damit, dass der “Finanzmark” das Einsammeln der privaten Gelder viel „effektiver managen“ kann, als der Staat selbst.
Was dabei aber verschwiegen wird, ist die Macht, die sich im Kreise dieser Makler aufbaut. Ist der Makler nur groß und mächtig genug, diktiert er die Bedingungen für den Staat und das private Kapital. Nimmt der Staat einen Kredit über 100 Milliarden € auf und der Makler bestimmt einen Zins von 3 %, dann bezahlt der Staat am Ende ohne Zinseszins 3 Milliarden € an den Makler. Der Makler reicht die Papiere „nach Marktlage“ weiter an die Privatanleger, nehmen wir an, zu 1.5 %. Dann bekommen die Sparer 1.5 Milliarden und der Makler ebenfalls. Jeder kann sich selbst ausmalen, was es bedeutet, wenn sich tausende Privatanleger diesen Zins teilen müssen und der Makler den gleichen

Nun wissen wir immerhin schon, wo der Staat sein Geld herbekommt, wenn er sich verschulden will. Warum aber sollte er das überhaupt tun? Er kann Steuern und Abgaben erhöhen so viel er will, um seine Ausgaben zu bezahlen. Und wenn die Einnahmen für die Ausgaben nicht reichen, dann muss der Staat eben sparen, so wie die Familie Schwab, bevor sie sich das nächst mal ein neues Auto kauft. Und tatsächlich hatte Deutschland über acht Jahre eine solche Schwäbische Hausfrau[13] als Finanzminister[14]. Dabei weiß heute jedes Kind – wenn es denn wissen will –, dass eine vor zehn Jahren nicht gebaute Stromtrasse heute mindestens das Doppelte kostet, ein seit mehr als zehn Jahren nicht saniertes und modernisiertes Krankenhaus verursacht heute heute so hohe kosten, dass den Kommunen nichts anderes übrig bleibt, als dieses abzuwickeln, oder – nun aber schleunigst – zu privatisieren[15].

3.2.2 Historisches

Sosehr Saaten, Demokratien, Monarchien, Autokratien, Diktaturen, oder in welcher Art auch immer Gemeinwesen sich organisiert haben, auch auf ihre Unabhängigkeit pochen, Gemeinschaftsschulden sind wahrscheinlich so alt, wie die Menschheit selbst.[16]

Preis für einige wenige Aktionäre einstreicht.
Diese Schere wird immer damit begründet, dass der Makler die Arbeit mit der Organisation, der Verteilung, und der Abrechnung hat u n d vor allem das „berühmte“ Risiko trägt – dazu an anderer Stelle mehr.
Zuletzt muss eigentlich nicht mehr darauf hingewiesen werden, was heute jedes Kind weiß – nun ja, wissen kann –, die Kapitalmarktkonzentration steigt in einem solchen Tempo und in so schwindelerregende Höhen, dass die Staaten dem Diktat der Finanzinstitutionen oft gar nicht mehr ausweichen können; ja, manche Institutionen bewegen heute Summen, die dem Haushalt kleiner Staaten entsprechen. Angesichts dieser finanziellen Gewalt sprechen die Politiker dann gern von der Macht des Faktischen. Und euphemisieren damit die Tatsache, dass sie selbst die gesetzliche Grundlage für diese außerstaatliche Macht geschaffen haben.

[13] Dies ist keine böswillige Verunglimpfung von Wolfgang Schäuble. Er selbst hat in einem Interview sein Verständnis als sparsamer Finanzminister aus der Tradition hergeleitet, die er von seiner Mutter – einer schwäbischen Hausfrau – übernommen hat.
https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Sch%C3%A4uble
An diesem erstickenden Erbe leidet die Deutsche Wirtschaft heute noch und es ist unwahrscheinlicher denn je, dass die versäumten Investitionen dieser Zeit jemals aufgeholt werden können. (Bildung, Gesundheitswesen, Verkehr, Digitalisierung usw.)

[14] https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_deutschen_Finanzminister

[15] Für die Folgekosten der Privatisierung im Gesundheitswesen gilt sinngemäß, was wir bereits über die Staatsanleihen gesagt haben: es wird ein Finanzmakler zwischen die Hoheitliche Aufgabe „Gesundheitsversorgung“ und die Institutionen Krankenhaus installiert, der natürlich für die Übernahme seines Risikos eine entsprechende Rendite erwarten darf. Bezahlen muss das im ersten Schritt nicht der Staat, sondern der Beitragszahler an seine Krankenkasse. Aber wenn diese Beiträge nicht reichen, dann muss der Staat letztendlich doch wieder einspringen – in den meisten Fällen mit neuen Staatsschulden.

[16] Selbst ein Regime wie Nordkorea, welches so über alle Maßen auf seine Unabhängigkeit versessen ist, und dass in seiner Geschichte nicht nur ein mal seine Bevölkerung lieber verhungern ließ, als ihr von außen Hilfen zukommen zu lassen, kam in seiner fast achtzigjährigen Geschichte nie ohne

Kein Fürst, kein König, schon gar nicht die Kaiser, oder die Cäsaren[17] konnten ihre Kriege aus der eigenen Kasse bezahlen. Allzu oft bedeutete ein militärischer Sieg, gleichzeitig den finanziellen Ruin. Wenn der Raubzug nicht die erhoffte Beute einbrachte, und es auch keine Möglichkeit gab, die eigenen Schulden dem Besiegten über zu helfen, blieb nur die Münzverschlechterung[18]. Dabei wurde der Edelmetallgehalt der Münzen vermindert und damit der Tauschwert der Münze hinter dem Rücken der Unwissenden verschlechtert.

Das heutige Mittel dieser Art von „Schuldentilgung“ ist die Inflation – wir werden darauf zurückkommen. In beiden Fällen waren und sind immer die Gläubiger die Geprellten – am Ende der Schuldenkette dann die Bevölkerung mit steigenden Lebenshaltungskosten und der Entwertung ihrer Spareinlagen.

Der einzige Unterschied zu heute war, dass es erst mit der Festigung der Nationalstaaten und der Installierung nationaler Notenbanken einen tragfähigen Rahmen für Auslandsschulden gab. Bis dahin wurden die Inlandsschulden mit erpressten Steuern und Abgaben beglichen, wenn nicht ein Fugger[19] zur Finanzierung zur Verfügung stand.[20]

3.2.3 Unterschiede

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Staatsschulden und Privatschulden (Firmen- und Privatkredite) ist – wir können dies nicht oft genug wiederholen, dass Staatsschulden in der historischen Rückschau praktisch nie zurückgezahlt werden. Da Staaten aufgrund ihres Reichtums an Grund und Boden, praktisch niemals wirklich insolvent werden, bekommen sie am Ende der Laufzeit, zum Ende der Kreditlaufzeit eines aktuellen Kredites, fast immer einen Anschlusskredit, mit dem sie den fälligen Kredit tilgen.

Dieser Umgang mit seinen Schulden hat für einen Staat folgenden Vorteil: die permanente Inflation aller nationalen Währungen der Welt, entwertet die Schulden eines Staates um so mehr, je länger er die Rückzahlung hinauszögert.

Auslandsschulden aus – und war in dieser Zeit mindestens zwei mal in Zahlungsverzug (1976 u. 1980) und musste im ersten Fall am Ende auch einen Zahlungsausfall verkünden.

[17] https://www.derstandard.at/story/1311803174067/punische-kriege-alle-schulden-fuehren-nach-rom

[18] https://mgmindex.de/index.php?title=M%C3%BCnzverschlechterung

[19] https://de.wikipedia.org/wiki/Jakob_Fugger

[20] Welch übles Ende die Finanzierung von Staatsschulden für die Gläubiger nehmen kann, sei hier am Beispiel der Templer kurz berichtet: Philipp der IV. König von Frankreich löschte 1307 nach dem erfolterten Geständnis des Jacques de Molay die Templer mit einem Ketzerprozess und der Hinrichtung des Jacques de Molay und seines Mitstreiters Geoffroy de Charnay auf dem Scheiterhaufen aus. Das für damalige Verhältnisse unvorstellbare Vermögen der Templer, sie waren nicht nur Krieger, Mönche und Ärzte, sonder äußerst erfolgreiche Bankiers, fiel an die Kirche, die Philipp IV. schon allein deswegen gewogen und zu Diensten war. (Die Geständnisse der Ketzer waren das Ergebnis schärfster Inquisition). Philipp IV. war mit Hilfe dieses päpstlichen Prozesses aller seine Schulden bei den Templern ledig. Wer sich genauer in der Geschichte umschaut wird noch auf viel Beispiele mehr stoßen, in denen der staatliche Schuldner sich seiner Gläubiger auf ähnliche Weise entledigte.

Ein Brot, dass die Familie Schwab sich heute kauft, kostet vielleicht 3 €. Wir alle wissen, dass das gleiche Brot, auch wenn es damals vielleicht anders hieß, vor zehn Jahren 2 € und vor fünfzehn Jahren 1.50 € gekostet hat. Das macht die Inflation. Aber auch die Löhne, Gehälter und die Kapitalerträge steigen. Auf diese Einkommen erhebt der Staat seine Steuern. Bei gleichbleibendem Hebesatz nimmt er also mehr Steuern ein, als vor 10 Jahren. Daraus folgt, da der Staat heute numerisch höhere Einnahmen hat, als vor zehn Jahren, ist der Kredit von vor zehn Jahren um die Inflation in diesem Zeitraum „billiger“ geworden. Das ist ein Teil des Wesens von Staatsschulden, dass sie „praktisch von selbst verschwinden“, wenn der Staat nur lange genug umschulden kann.

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass die Staatsschulden zwar in der Regel nicht laufend getilgt werden müssen, sondern erst zum Ende der Kreditlaufzeit fällig werden, aber es fallen natürlich laufende Zinsen an. Und wie könnte es auch anders sein, die Gläubiger der Staatsschulden, die Finanzinstitutionen, haben den Wertverlust ihrer Anteilsscheine an Staatsschulden natürlich in die Zinsen eingepreist. Finanzinstitutionen sind keine Samariter, die verschuldete Staaten retten. Am Ende zahlt der Steuerzahler die Zeche. Immer! Das geht gar nicht anders. Das ist der Sinn dieses Systems.

Wenn dem so ist, können wir dann davon ausgehen, dass die Rendite immer höher ist als die Inflation, damit die Finanzinstitute immerzu Staatsanleihen kaufen? Wir können das leicht Anhand einer Grafik überprüfen:

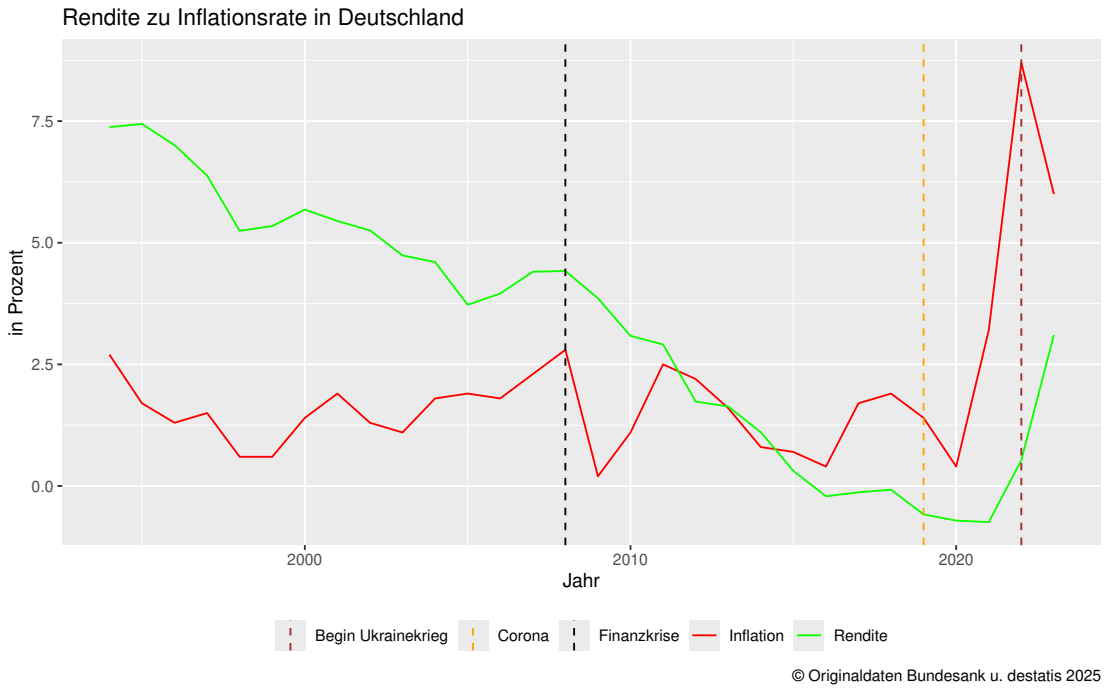


Abbildung 1: Verhältnis von Rendite zu Inflationsrate in Deutschland 1994 bis 2023.

Wie wir sehen, hat das bis ca. 2011 noch gestimmt. Mit der Finanzkrise ist „die Welt aus den Fugen geraten“ – und bis heute hat sie niemand wieder repariert.

Wir wollen nur noch abschließend den Hinweis unterbringen, dass Finanzinstitutionen auch noch weitere Gründer habe können, Staatsanleihen zu kaufen, auch wenn sie damit keinen Gewinn machen:

Aufz. 9: Staatsanleihen

1. Langfristige Staatsanleihen von wirtschaftlich „starken“ Staaten, wie z. B. USA, Deutschland, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien, Norwegen usw. sind begehrte Schuldpapiere. Ihre Staatsanleihen gelten als sicher.

2. Manche Finanzinstitutionen sind gesetzlich verpflichtet einen bestimmten Teil ihres Eigenkapitals abzusichern. Dazu verwenden sie diese langfristigen Papiere, weil alle Welt diese Papiere als Sicherheiten anerkennt.

3. Ein weiterer Grund warum Finanzinstitutionen aus 9.1 kaufen kann sein, dass es aktuelle keine attraktiveren Angebote auf dem Kapitalmarkt gibt. Dann kaufen sie kurzfristige Anleihen – und nehmen diese Verluste in Kauf.

4. Auch die privaten Investoren (die Sparer), die ihr Geld zu den Finanzinstitutionen tragen, verlangen nach sicheren Staatsanleihen. Also müssen die Finanzinstitutionen irgendwie solche Papier auftreiben, um an das Geld ihrer Kunden zu kommen. Es ist durchaus möglich und üblich, dass bei dieser Weitergabe auch die „Verluste“ an das Ende der Gläubigerkette weitergereicht wird. Wir sprachen schon einmal weiter oben davon.

Aber auch diese Aufzählung ist noch lange nicht das Ende der Verwirrungen auf dem Felde der Staatsverschuldung. Alle Schulden und sonstige Papiere werden wiederum mit anderen Papieren abgesichert, mit sogenannten Derivaten. Diese Derivate werden dann noch breiter auf den Finanzmärkten gestreut, so dass das Risiko für die Finanzinstitutionen möglichst klein bleibt. So, und damit soll es nur genug sein mit der Veranschaulichung, wo und wie sich Staaten verschulden können. Alle Mittel und Möglichkeiten aufzuzählen ist unmöglich, weil jeden Tag „neue Instrumente“ erfunden werden.

Unsere Abschweifungen von den Staatsschulden hin zu den Interessen der Gläubiger sollte mit seinen Hinweisen auf die Komplexität der Materie nicht verwirren, sonder anzeigen, wie groß der Unterschied zwischen den Zwängen von Privatschulden und den „Freiheiten“ von Staatsschulden sein können – solange die Sonne über einem Land scheint. Kommt aber Sturm auf, so wie z. B. durch all die Krisen seit 2008 in Europa, dann können auch Staatsschulden zur Bedrängnis werden. Dazu im Folgenden mehr; wir werden nun weiterhin nacheinander verschiedene Aspekte untersuchen, um die Behauptung zu prüfen, die der Bundeskanzler aufgestellt hat: „Wir können uns dieses System nicht mehr leisten …“

3.2.4 Deutschland heute

Mit all den langen Vorreden ist es hoffentlich halbwegs gelungen, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Staatsschulden einerseits das „Normalste“ der Welt sein können u n d gleichzeitig immer ein Risiko darstellen. Noch einmal zusammengefasst:

Aufz. 10: Staatschulden als „Januskopf“

1. Staatsschulden ermöglichen Investitionen und/oder Konsum, auch wenn der wirtschaftliche Status einer nationalen Volkswirtschaft das zum aktuellen Zeitpunkt eigentlich nicht „hergibt“.
   a) Werden diese Schulden direkt investiert, können sie das Produktivvermögen erhöhen, oder der Innovation dienen. Womit der zukünftigen Wohlstand PLUS Zinsen und Tilgung für die Rückzahlung der Anleihen ermöglicht wird.
   b) Voraussetzung dafür ist, dass die Finanzmärkte während der gesamten Laufzeit an die Sinnhaftigkeit der Investitionen glauben:
      i. fußend auf der Erfahrung, dass dieser Staat ein „guter“ Schuldner sei, also so wie in der Vergangenheit, immer seinen Kredit am Ende der Laufzeit „irgendwie“ bedienen wird
      ii. und dass dies eine sinnvolle Investition war und nicht eine Straße, eine Brücke, ein Flugplatz im Nirgendwo …
2. Staatsschulden werden dann zu einem Risiko
   a) wenn das Vertrauen der Finanzmärkte in den Schuldnerstaat schwindet[21]
   b) wenn die Last durch Zins und Tilgung den Staat „erdrosselt“, weil er trotz immer neuer Schulden nicht mehr investiert, stattdessen nur noch seine Anleihen bedient, oder die geborgten Mittel unproduktiv verausgabt
      i. etwa rein konsumtiv, indem er z. B. Partikularinteressen subventioniert
      ii. in dem er Haushaltslöcher stopft
      iii. in dem durch o.g. Fehlanreize Reformen verhindert werden
   c) wenn politische Kräfte eines Staates – aus welchen Motiven heraus auch immer – unter Verweisung auf 2a) und/oder 2b) eine Schuldenkrise herbeireden[22]

To do (2)

[21] zu 2a): Mit dem schwindendem Vertrauen steigen die Zinsen und schwinden die Aussichten auf günstige Umschuldung.

[22] zu 2c): Es mag stimmen, oder auch nicht, dass „wir uns dieses System nicht mehr leisten können“. Der erste Schaden ist schon angerichtet, wenn ein Kanzler diese Rhetorik anstimmt, lange bevor die

Nun, da wir auf Umwegen zum Ausgangszitat zurück gefunden haben, können wir versuchen, unsere bisher gesammelten Werkzeuge anzuwenden. Dazu stellen wir an den Staat gleichen Fragen, die wir zu Beginn an die Familie Schwab gestellt haben:

Aufz. 11: Krisenfragen

1. befindet sich Deutschland in einer Krise
2. falls ja, um welche Art von Krise handelt es sich
3. was wissen wir über die Ursachen dieser Krise.

Schauen wir zuerst noch ein mal genau auf den entscheidenden Satz: „Wir können uns dieses System nicht mehr leisten …“ In der ARD-Sendung 1 auf Seite 1 zählte der Kanzler nun folgender Themen auf:

Aufz. 12: kurzfristige Lösungen der Regierung

1. mehr Eigenverantwortung für Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung[23],
2. Abschaffung des Bürgergeldes und Einführung einer Grundsicherung
3. Entbürokratisierung
4. Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse.
5. Wir müssen dafür Sorge Tragen, dass auch die junge Generation die Chance auf Wohlstand und sichere Arbeitsplätze habe …

Der Mangel dieser Liste ist: es handelt sich um „politische Parolen“. Diese sagen nichts darüber aus, w i e an den viel Punkten w e l c h e Veränderungen vorgenommen werden sollen.

Nachtrag: Am 5. März 2026 hat der Deutsche Bundestag die Grundsicherung in erster Lesung beschlossen.[24]

Finanzmärkte daran denken.

[23] Wobei wir alle aus Erfahrung wissen, dass damit die „Privatisierung“ aller Risiken aus Berufs- und Privatleben gemeint ist: der sogenannte „Eigenanteil“ an Versicherung und Vorsorge. Was nichts anderes bedeutet, als das der Arbeitgeber, oder im weiteren Sinne „das Kapital“ aus seiner Verantwortung für die gesellschaftlichen Verhältnisse entlassen wird.

[24] https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw10-de-grundsicherung-1150460

Über alle weiteren Absichten, wie das Sozialsystem zur Sanierung des Haushaltes „optimiert“ werden soll, können wir nur spekulieren, solange wir nicht genauere Aussagen dazu finden.[25]

Wenn es jedoch die Absicht des Redners war[26], uns über seine genaueren Gedanken im Unklaren zu lassen, dann können wir mit der gleichen Münze heimzahlen und nehmen an, dass er damit eine Finanzierungskrise meint: eine Krise der Bereiche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung und des Bürgergelds noch dazu. Und wenn er vom Anspruch der jungen Generation auf Wohlstand spricht, kann er – im landläufigen Sinn – eigentlich nur die Staatsverschuldung mit den steigenden Zinsen meinen. Also stellen wir doch als Nächstes die Frage: gibt es in Deutschland eine Krise? Wenn ja, welche Krise(n) könnte er damit „gemeint“ haben?

4 Krisen

Regierende Politiker, werden nie freiwillig sagen, dass SIE sich in einer Krise befinden. Krisen gibt es nur bei den „Anderen“. Man selbst hat „Probleme zu bewältigen“. [27] Was aber sollen wir mit den Problemen von F. Merz anfangen, wenn doch das andere halbe Land seit zwei Jahren von eine Krise redet. Und zwar von einer Wirtschaftskrise. Deshalb lassen wir von jetzt ab beiseite, ob F. Merz eine Krise meinte, oder nicht. Sondern wir wenden uns den Tatsachen zu, über die alle anderen schon seit Monaten reden: die Stagnation, die Krisen, die W i r t s c h a f t s k r i s e in Deutschland, die sich mindestens seit dem Frühjahr 2025, als die Ampel über die Wirtschaft gestolpert ist, in aller Munde befindet.

[25] Ich hätte nicht gedacht, dass es so schwer werden könnte, den genauen Text seiner Rede am 30.08.2025 auf dem Landesparteitag der CDU in NRW zu finden. Im Internet gibt es nur Pressemitteilungen dazu. Ich habe an die CDU NRW geschrieben, ob ich den Text, oder einen Link dazu bekommen kann. Die Antwort auf meine Frage lautete: …herzlichen Dank für Ihre Anfrage vom 23. Januar 2026. Die Rede unseres Bundesvorsitzenden Friedrich Merz MdB auf dem 47. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen vom 30.8.2025 ist als Text nicht veröffentlicht worden. Sie können die Rede aber vollständig auf YouTube einsehen. Das sollt sich jeder Bürger auf der Zunge zergehen lassen. Der amtierende Kanzler verkündet substantielle Bausteine seiner zukünftigen Sozialpolitik – und das Volk möchte sich bitte auf YouTube informieren. Und wenn dort jemand diese Film löschst – warum auch immer – dann hat es diese Rede nie gegeben? Handelt es sich bei s o l c h e n Aussagen zum politischen Alltagsgeschäft nur schlicht um Naivität, oder handelt es sich um die so oft zitierten Ausflucht: „was interessiert mich mein Geschwätz von gestern …“

[26] Er würde damit ja nicht zum ersten Mal auffällig: „… liefern Sie Taurus JETZT!“

[27] Dieses hinleiten zur Untersuchung einer allseits anerkannten Krise in Deutschland ist deswegen so nervend und umständlich, weil F. Merz in seiner Rede eben genau das Wort “Krise” umgeht; zumindest taucht es in den Pressemitteilungen nicht auf.

4.1 Was sind Krisen?

Zuerst müssen wir unterscheiden, über welche Arten von Krisen wir hier reden, denn da wird so viel durcheinander geworfen, dass es schwer, bis unmöglich ist einen einzelnen Gedanken zu Ende zu denken. Wir modernen Menschen nennen sehr schnell alles, was nicht so funktioniert, wie wir es erwarten, als in einer Krise befindlich.

Das leuchtet ja auch ein. Jedes Problem, in das wird geraten, und für welches wir keine Lösung parat haben, verwirrt und verunsichert uns. Verwirrung und Verunsicherung empfinden wir als Krise um so stärker, je mehr diese unsere Lebensgrundlagen bedrohen.

4.1.1 Familie Schwab II

Was sind Familienkrisen?

Aufz. 13: weiterer Familienkrisen

1. Der Sohn der Familie Schwab bekommt eine „Krise“, wenn er morgens, kurz vor seinem Start auf den Schulweg feststellt, das sein Internetvolumen aufgebraucht, das Konto leer ist.

2. Mutter Schwab empfindet die aktuelle Situation, dass sie im Supermark, jeden Euro zweimal umdrehen muss, als Familienkrise.

3. Vater Schwab empfindet seine Arbeitslosigkeit als entwürdigend, seine nicht heilende Beinwunde als unverschuldet, seine Stellung in der Familie als belastend, die Ungewissheit seiner Zukunft als deprimierend; Herr Schwab befindet sich ganz ohne Zweifel in einer Lebenskrise. Für andere Menschen ist ein solcher Einschnitt in ihr Leben so unerträglich, dass sie nie wieder zurück finden. Herr Schwab ist Gott sei Dank aus anderem Holz!

Firma II

Während die neue Zufahrt zum Kieswerk über das Gelände der Firma Oberschwab sich noch im Bau befindet, wird die alte Zufahrt von der Gemeinde bereits gesperrt und abgerissen.

Aufz. 14: Formen von Krisen in der Firma

1. Das Kieswerk hat ein Versorgungsproblem,
2. das Kieswerk hat ein Lieferproblem,
3. die Arbeiter und Angestellten des Kieswerkes haben ein Verkehrsproblem, wie sollen sie jetzt zu Arbeit kommen?
4. Das Kieswerk befindet sich in einer Krise, es kann nicht produzieren.

4.1.2 Der Deutsche Staat I

Es würde hier zu viel Raum einnehmen und vom übergreifenden Gedanken wegführen, zählten wir an dieser Stelle alle Baustellen auf, welche die Bürger als Krisensymptome empfinden. Dazu soll im Vorgriff der Verweis auf die Aufzählung 19 auf Seite 56 genügen. Die Gleichung dazu lautet: sparen u n d investieren. Eine Umschichtung von Haushaltsmitteln also. Das erzeugt Gewinner und Verlierer und das Wahlvolk muss am Ende beide Gruppen akzeptieren. Also bitte nicht vorschnell festlegen! Im Fokus aller Sparbemühungen stehen auch dieses Mal – wie immer – die Sozialausgaben des Staates – warum eigentlich? Sind alle andern Ausgaben wirklich wichtiger und unantastbar?

Wie der Bürger es auch dreht und wendet: der Deutsche Staat soll und muss diese Symptome mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln angehen. Es ist nicht die Schuld dieser aktuellen Regierung, dass diese Aufzählung von Symptomen einer Lawine gleicht, welche die Staatsfinanzen unter sich zu begraben droht. Keines dieser Probleme ist neu, nichts davon fällt aus dem Hinterhalt über die Regierenden her.

Der in den letzten Jahren immer häufiger zitierte Satz „DAS konnter doch keiner wissen …“ gilt nicht mehr. Alle Damen und Herren haben sich in den Bundestag und in dieser Regierungskoalition wählen lassen o b w o h l ihnen diese Probleme bekannt waren. Also sollten wir Bürger doch von der berechtigten Annahme ausgehen, dass d i e s e s Personal auch Pläne gegen das sich auftürmende Elend in ihren Programmen hat. Diese Erwartung wird aber regelmäßig enttäuscht.

Zwar werden in den Parteiprogrammen Aufgaben, Ziele und Mittel seit Jahren in immer ähnlich klingender Reihenfolge aufgeführt: allein es bleibt bei vagen Parolen. Nun ist es ja durchaus verständlich, dass die Parteien keine Haushaltspläne in ihre Grundsatz- oder Wahlprogramme schreiben. Aber die lässige Tradition der Opposition auf Parolen lediglich mit Gegenparolen zu antworten, und nicht mit dem Rechenschieber – womit die Versprechungen d e r A n d e r e n auf Realisierbarkeit überprüft würden, führt nur zu einer immer weiteren Ermüdung des Wahlpublikums, ja zum bereits sehr weit

verbreiten Fatalismus: was auch immer die Wahlkämpfer versprechen, dass was das Volk am Ende löffeln muss, kommt erst aus den Töpfen der Koalition nach Ende aller Verhandlungen. Und da kann es schon mal passieren, dass dutzenden Milliarden, die mit der Umbenennung vom Bürgergeld in die Grundsicherung eingespart werden könnten – so die Wahlkampfparole, am Ende nur noch ein löcheriges Sieb als Suppenkelle übrig bleibt – und auf den Tellern der Haushälter von den angekündigten Einsparungen nur noch ein paar hundert Millionen landen.

Sicher, ein paar hundert Millionen Euro sind nicht Nichts, aber sie sind eben doch meilenweit von den gemachten Versprechungen entfernt! Wie aber soll der Wahlbürger mit diesen andauernden prognostischen Fehlleistungen des marktschreierischen Personals in den ersten Reihen der Parteien umgehen? Es sehnt sich angesichts von Unaufrichtigkeit und zunehmenden Unernst [28] nach „ganz anderen Alternativen".

Was steht also diesmal auf der Speisekarte: die Lösung der Schuldenbremse! Niemand wird ernsthaft bezweifel, dass große Aufgaben zumeist großartiger Mittel bedürfen, auch wenn diese einen klarer Wortbruch zu allen vorher gemachten Versprechungen darstellen. Ja, der tiefe Fall der Vorgängerregierung wäre gar nicht möglich gewesen, ohne die heilige Unantastbarkeit der Schuldenbremse! Nur, was sollen uns diese Versprechungen, wenn es doch um Sieg oder Niederlage in epochalem Rahmen geht? Noch vor der Wahl wird der Gegner ob dieses Themas auseinander dividiert: ohne großzügige Neuverschuldung ist kein Staat mehr zu machen. Es ist die Schuld des Wahlvolkes, wenn diese Unehrlichkeit bis zur nächsten Wahl schon längst wieder vergessen hat.[29]

Diese Art von „Vergesslichkeit" prangt aber auf beiden Seiten der Medallie. Oder muss man eher sagen: diese klebrige Treue resultiert aus mangelnden Alternativen? Wir werden diese Frage nicht nur an dieser Stelle nicht beantworten können. Es wird der Wind der Geschichte sein, der all diese Irrtümer und Lügen gnädig unter dem Staub der Worte von hunderttausenden Talk-Shows begräbt. Wir kennen schon heute die Wahrheit: Auch Rom ist nicht an einem einzigen Tag untergegangen.

Und nun genug der flachen Witze. Was hat die aktuelle Bundesregierung ihren Bürgern für 2026 und in mittelfristiger Perspektive zu bieten?

[28] Man nehme dafür beispielhaft die Behauptung des Kanzlers, Windkraft und Sonne seien nur noch Brückentechnologien, denn in zehn Jahren gäbe es ja die Kernfusion in Form von SMR. https://www.golem.de/news/kernkraft-in-der-eu-fuer-jede-stadt-ein-eigenes-atomkraftwerk-2603-206358.html

[29] Wahlergebnis in Baden-Württemberg am 8. März 2026. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2026-03-08-LT-DE-BW/index.shtml

Aufz. 15: Kredite und Zinsen des Staates

1. Der Staat plant für 2026 Ausgaben von 605 Mrd. € davon finanziert er 174 Mrd. mit neuen Krediten (das sind 28,76 %, oder rund ein Drittel der Ausgaben
2. die Haushälter der Bundes rechnen aus, dass sich damit die Zinsausgaben von 30,2 Mrd. € in 2025 auf 66,5 Mrd. € in 2029 erhöhen werden
3. gemessen an den **Gesamtausgaben** des Jahres 2026 wären 66,5 Mrd. € für Zinsen ein Zinsanteil von 10,99 %
4. gemessen am **BIP** des Jahres 2026 wären 66,5 Mrd. € für Zinsen ein Zinsanteil von 1,51 %
5. Es gibt keine offizielle Regel, wie viel Prozent Zinsen vom BIP für einen Staat gesund, oder ungesund sind. Aber diese Zinsschuld ist jedenfalls ein Teil von dem, was F. Merz als Last für die Junge Generation bezeichnet.
6. Auch ungeschriebene Regeln können dennoch Wirkung entfalten, wenn sie nur oft genug ”herbeigeredet”werden. Die Rede hier müsste eigentlich lauten: Deutschland hat eine Finanzierungskrise (nicht zu verwechseln mit einer Finanzkrise). Aber da amtierende Politiker sich nie in einer Krise befinden, hat Deutschland eben ”nurëin Finanzierungsproblem.

Und wir halten an dieser Stelle noch einmal nachdrücklich fest: weitere Mittel für die Modernisierung der Gesellschaft werden durch Einsparungen und Umschichtungen freigesetzt.[30] Dazu werden laufend Kommissionen gebildet, Arbeitskreise gegründet und ältere Kommissionen und Arbeitskreise aufgehoben. Man bedenke: die große Sozial- und Rentenkommission, die in den nächsten Monaten das soziale Dickicht lichten soll.

4.1.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der unterschiedlichen „Krisenebenen“

In allen drei Beispielen reden wir von „Krisen“, auch wenn diesen Krisen sehr unterschiedliche Namen tragen:

[30] So wie Frau Ministerin Reiche Fördermittel für erneuerbare Energien streicht und diese stattdessen in neue Gaskraftwerke „umlenkt“. Oder so, wie die Kommissionspräsidentin der EU offizielle verlautbart, dass der Ausstieg aus der Kernkraft eine „strategische Fehlentscheidung“ war. https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-frankreich-atomkraft-von-der-leyen-100.html

Aufz. 16: Krisenebenen

– Mutter und Sohn Schwab befinden sich in einer Finanzierungskrise (nicht zu verwechseln mit einer Finanzkrisee[31])

– Vater Schwab befindet sich in einer Sinn-, oder Lebenskrise

– Das Kieswerk befindet sich in einer Logistik-Krise, ausgelöst durch eine Strukturkrise in der kommunalen Verwaltung; die Baumaßnahmen sind nicht aufeinander abgestimmt (warum auch immer)

– Der Deutsche Staat hatte im Herbst 2025 mindestens ein Finanzierungsproblem für seinen Haushalt 2026. Wir nennen das hier: er befand sich in einer Haushaltskrise; zumindest kreiste dieser Begriff für einige Wochen durch die Medien.

Für den weiteren Fortgang halten wir deshalb fest: Krisen besitzen meist mindestens zwei Formen.

Aufz. 17: Formen von Krisen

1. eine Krise der Finanzierung
2. eine Krise der Struktur und/oder

Die Krise des Deutschen Staates verfügt über beides: Z.B.:

Aufz. 18: aktuelle deutsche Krisenformen

1. wenn die Staatlichen Zuschüsse zum Gesundheitssystem nicht ausreichen, dann ist das zunächst ein Strukturproblem
2. wenn das Geld der Einnahmen nicht für die Ausgaben reicht, dann ist das ein Finanzierungsproblem[32]

4.2 Krisen des Deutschen Staates

Wenden wir uns nun endlich konkreteren, zahlenmäßig fassbaren Phänomenen der wirtschaftlichen Realität in unserem Lande zu.

4.2.1 Die Schuldenkrise des Deutschen Staates

Wenn die heutigen Schulden unsere Zukunft bedrohen, dann fragen wir: verschuldet sich der Deutsche Staat heute anders, als in früheren Legislaturperioden? Dazu schauen wir uns die Geschichte der Staatsverschuldung an:

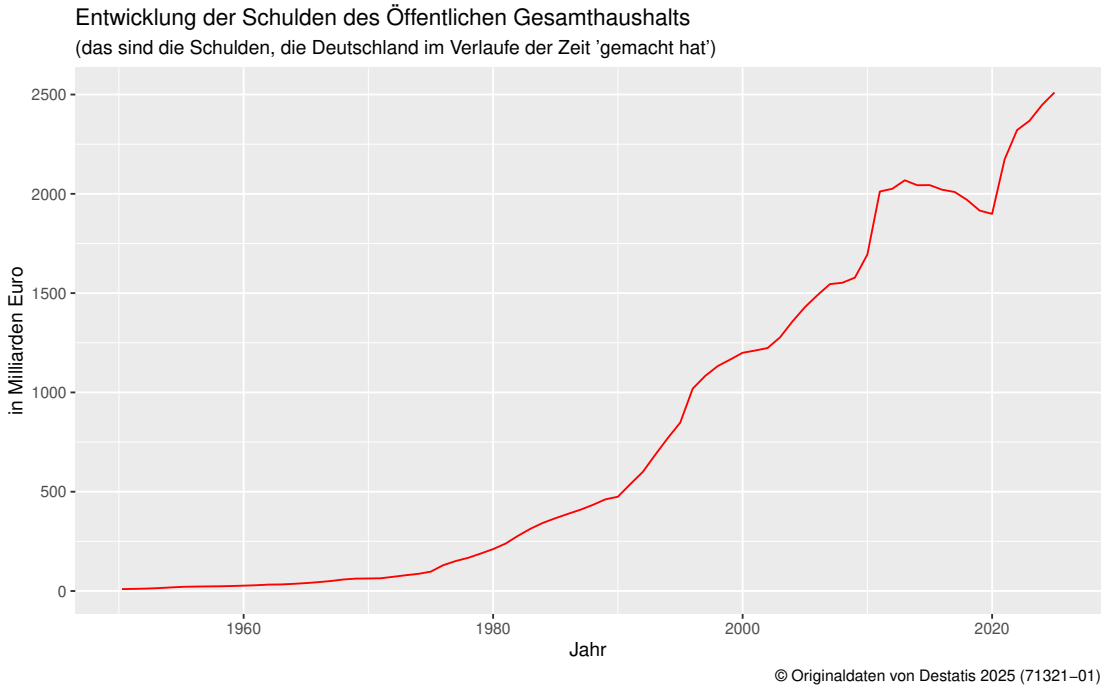


Abbildung 2: Entwicklung der Schulden des Öffentlichen Gesamthaushaltes 1950-2024

Das ist eine beeindruckende Linie. Sie sagt uns, dass unser Staat in den vergangenen 75 Jahren 2.500 Milliarden € (oder 2,5 Billionen) Schulden aufgenommen hat. Fast noch häufiger wird eine andere Zahl bemüht: die Gesamtverschuldung pro Kopf. In in dieser Kategorie ist Deutschland bei 30.062 € angekommen. Aber das ist in meinen Augen eine „Angstmacher-Zahl“. Niemand in unserem Land muss befürchten,

dass er irgendwann demnächst dreißigtausend Euro – an wen auch immer – zurückzahlen muss! Solche Fantasien zu erregen, ist in meinen Augen unredlich und dient vor allem zur Verschleierung politischer Absichten, aber dazu an anderer Stelle mehr.

andere Stelle? (5)

Fakt ist jedenfalls: Schuldner ist der Staat und nicht der Bürger. Im Mittelalter konnten auch Kinder im Schuldturm landen, wenn sich deren Eltern zu hoch verschuldet hatten und unerwartet ablebten. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei!

Es muss aber auch gesagt werden: träte morgen der Fall ein, dass irgendwer unseren Staat zwingen könnte diese Schulden zurückzuzahlen, dann ginge es uns allen eine lange Zeit lang sehr schlecht. Ich verweise hier auf Griechenlands Schuldenkrise seit 2010. [33]

Trotzdem sagt uns die absolute Höhe der Schulden alleine noch nichts. Wir können staunen, zweifeln, erschrecken, aber den meisten von uns ist es unmöglich sich auch nur eine realistische Vorstellung von der Größe der Zahlen zu machen.[34] Unabhängig davon gilt die alte Weisheit: „Ein armer Mann trägt an der Schuld eines Talers schwerer, als eine reicher Mann an einem Beutel voll Gold.“ Anders gesagt: wir müssen die Schulden in irgendein „vernünftiges“ Verhältnis setzten, um beurteilen zu können, ob unser Staat mit seinen Schulden über „seine Verhältnisse lebt“, ob er diese ableisten kann … und wenn er das nicht kann – wie lange kann er noch so weitermachen mit diesen Schulden?

Quotienten Privatschulden? (6)

Es liegt nahe, dass wir für dieses Urteil die Schulden des Staates zu seinem „Einkommen“ ins Verhältnis setzen. Das „Einkommen eines Staates“ speist sich aus aus seinem Bruttoinlandsprodukt.[35]

Korr 12.3.26 15:58 (7)

[33] https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise

[34] Wie viele Nullen haben tausend Milliarden? Wie viele Jahrzehnte müssten tausend Durchschnittsbeschäftigte arbeiten um diese Schulden abzuarbeiten? Usw.

[35] https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt

4.2.2 Was ist das Bruttoinlandsprodukt?

In der Volkswirtschaft ist in erster Linie das Bruttoinlandsprodukt diese Bezugsgröße, ob ein Staat über seine Verhältnisse lebt oder nicht. Ich lasse die theoretische Frage an dieser Stelle weg, ob das eine „vernünftige“ Bezugsgröße ist, oder nicht. Es wird immer und überall so gemacht – und da machen wir zunächst einmal mit. Also schauen wir uns demzufolge die Entwicklung dieses Bruttoinlandsproduktes an, um es anschließend zu den Schulden ins Verhältnis zu setzte.

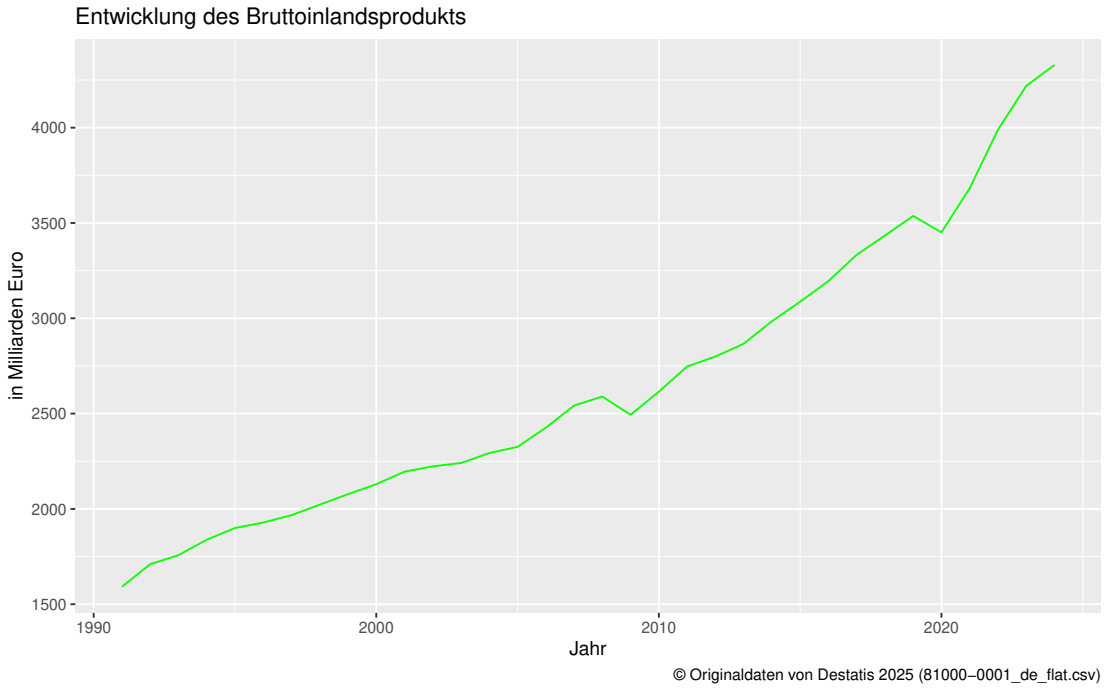


Abbildung 3: Entwicklung des Bruttoinlandproduktes 1991-2024

Und nun legen wir die beiden Diagramme einmal übereinander, um sie mit einem Blick zu vergleichen.[36]

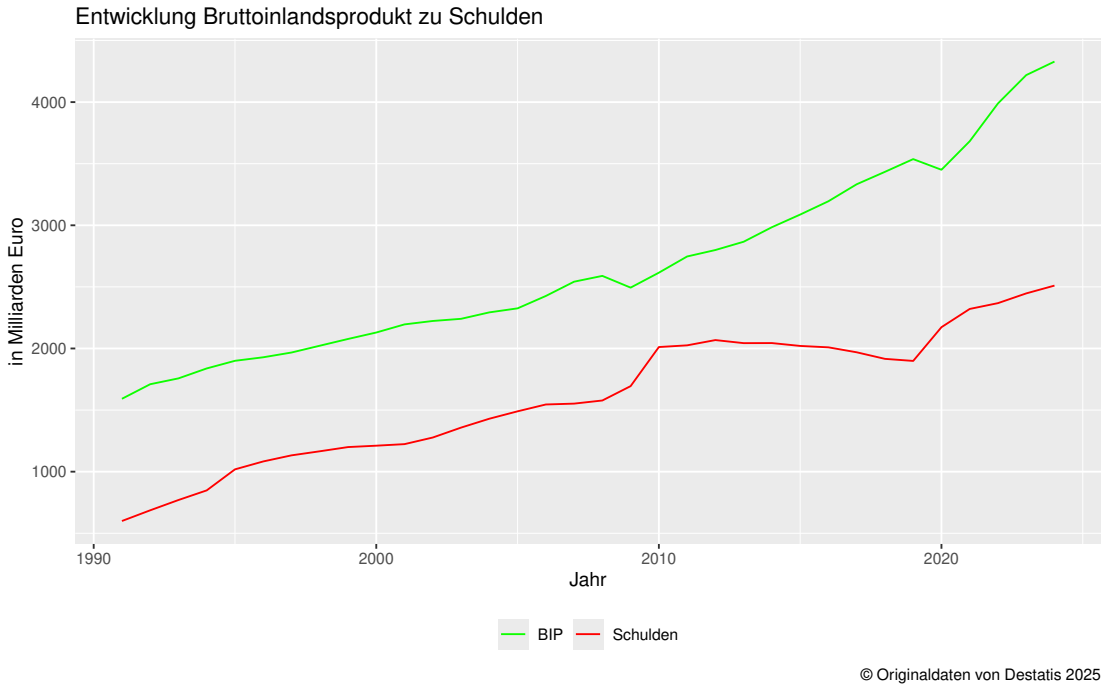


Abbildung 4:
Entwicklung des Bruttoinlandproduktes im Vergleich zu den Schulden 1991-2024

[36] Im folgenden Diagramm ist zu beachten, dass wir die x-Achse, also die Angabe der Jahre, angepasst haben. Der Grund ist einfach der, dass es die Schulden als Tabelle von 1950 an gibt (Gründung der BRD), aber die Tabelle des BIP erst in 1991 beginnt (Wiedervereinigung). Dadurch sieht die Schuldenkurve diesmal etwas anders aus, aber die Zahlen auf der y-Achse sind identisch. Es fehlt einfach der gewaltige Anstieg von 1950 bis 1991.

4.2.3 Die Schuldequote

In den Wirtschaftswissenschaften wird so ein Vergleich mit einem Quotienten in Prozent beschrieben.

$$Schuldenenquote = \frac{Schulden}{BIP} * 100$$

Laut Stabilitätspakt der EU (SWP) ist für diesen Quotienten eine Obergrenze von 60% festgesetzt.

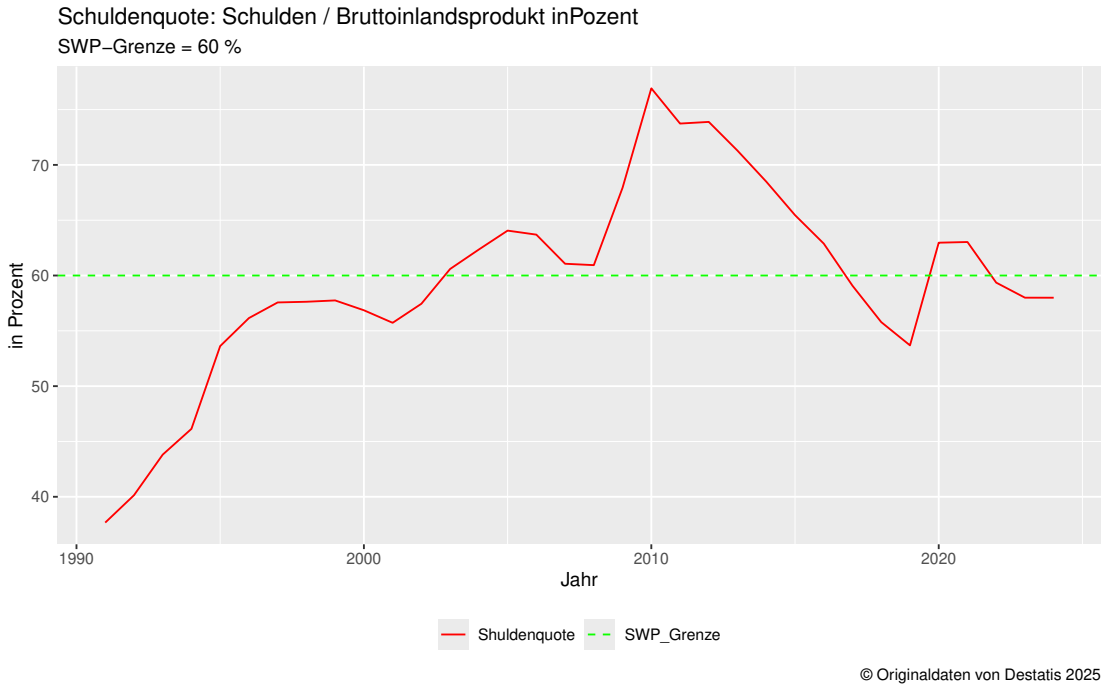


Abbildung 5:
Entwicklung des Bruttoinlandproduktes im Vergleich zu den Schulden 1991-2024

Wie wir erkennen können hat Deutschland bis 2003 diese berühmt-berüchtigte Europäische Schuldenobergrenze eingehalten. In den Letzten Merkel-Jahren – mit Hilfe der Schuldenbremse von W. Schäuble – ist es Deutschland dann noch einmal gelungen unter die Schuldengrenze abzutauchen, bevor es dann ab 2019 mit den Schulden wieder rasant bergauf ging; seit dem ist „kein Halt“ mehr in Sicht. [37]

[37] Über die Gründe der Anstiege, mit denen der SWP-Grenze durchbrochen wurde mag sich jeder zunächst

4.2.4 Vergleich Europa

An dieser Stelle ist es vielleicht zu ersten mal angebracht, den Blick über den nationalen Tellerrand zu erheben. So, wie wir schon einmal in Abschnitt 3.1.3 auf Seite 12 gezeigt haben, dass die Krise der Familie Schwab durchaus in ein Umfeld von Wirtschaftswachstum eingebettet sein kann, ist es auch immer hilfreich zur Einordnung eines nationalen Problems, Deutschland in seinem europäischen Umfeld zu betrachten. [38]

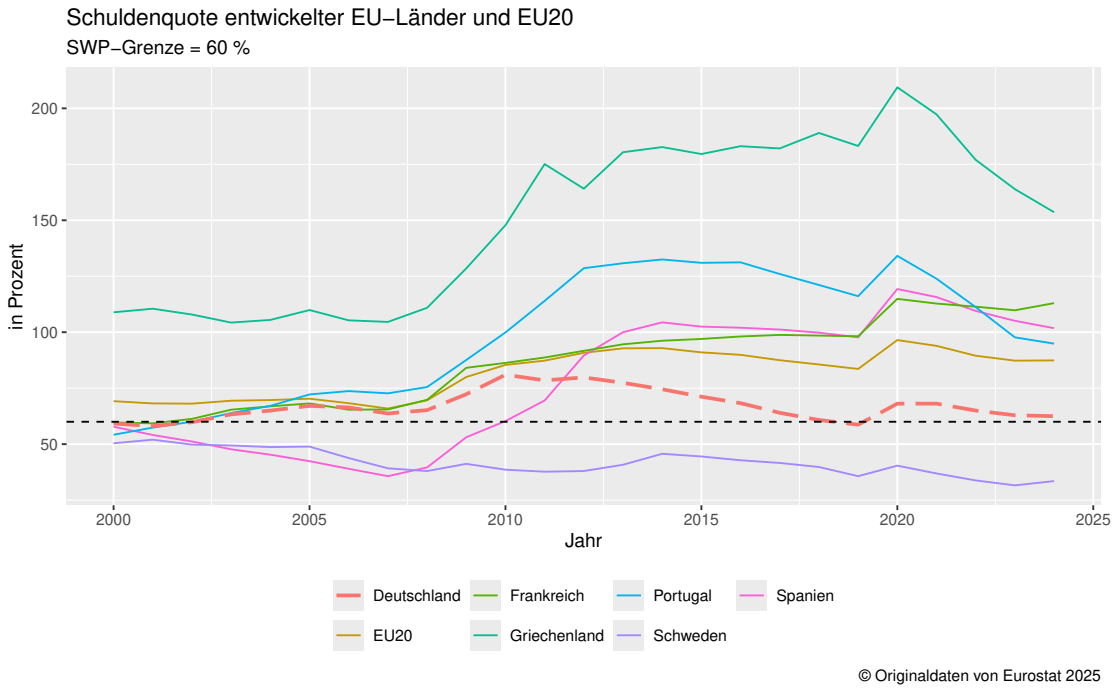


Abbildung 6:
Entwicklung des Bruttoinlandproduktes im Vergleich zu den Schulden 1991-2024 in der EU

Im Vergleich der entwickelten EU-Länder fällt Deutschland mit seiner Schuldenquote eher

selbst Gedanken machen. Im Moment führen Untersuchung zu diesen Punkten zu weit vom aktuellen Gedanken weg. Aber wir werden darauf zu gegebener Zeit zurückkommen.

[38] Ein weltweiter Vergleich macht an dieser Stelle keinen Sinn, denn diesen Stabilitäts- und Wirtschaftspakt gibt es nur für die Euro-Wirtschaftsgemeinschaft. Wiewohl man natürlich auch die Schuldenquoten anderer Wirtschaftsnationen außerhalb der EU zum Vergleich heranziehen könnte.

positiv auf.[39] Wenn es jedoch nach den Worten von Kanzler Merz ginge, dann dürften einige andere Staaten eigentlich gar nicht mehr existieren.[40]

Wichtig ist für unsere Untersuchung an dieser Stelle nur, dass Deutschland in der Vergangenheit nicht durch Schuldenexzesse aufgefallen ist. Es muss aber auch genau so festgehalten werden, dass die bedeutenden Schuldenaufnahmen Deutschlands für die Verteidigung und den Innovations- und Strukturfonds in 2025 in diesen Darstellungen NICHT enthalten sind - nicht enthalten sein können! Denn der Deutsche Staat finanziert diese Ausgaben nicht aus dem regulären Bundeshaushalt, sondern er errichtet dazu sogenannte „Sondervermögen“ als Nebenhaushalte. Denn es ist ja gerade diese Eigenschaft von Sondervermögen in Nebenhaushalten zu verschwinden und nicht im Bundeshaushalt gerechnet werden zu müssen, die ihre Verwendung für Regierungen so attraktiv macht![41]

4.2.5 das Jahr 2025

Die neue Bundesregierung hat nach ihrer Wahl im Frühjahr 2025 keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die dringende Notwendigkeit sieht Deutschland zu modernisieren. Dazu nahm sie drei Bereiche der Volkswirtschaft in den Blick:

1. Deutschland muss verteidigungsfähig werden
2. große Teile der verschlissenen Infrastruktur bedürfen dringend der Sanierung
3. ein ebenso großer, oder sogar noch größerer Aufwand ist für die Modernisierung der Verwaltung und für Strukturreformen nötig

Bereits die Vorgängerregierung hatte mit der Modernisierung der Bundeswehr begonnen. Dafür hatte aber die Ampel keine freien Haushaltsmittel zur Verfügung. Da zu dieser Zeit die Schuldenbremse noch Gesetz war, blieb dem Scholz-Kabinet nichts weiter übrig, als die Modernisierung der BW mit einen neuen „Sondervermögen“ zu finanzieren.

[39] Wer genau auf die Statistiken schaut wird Unterschiede zwischen Quoten für Deutschland Bundesbank und den Angaben von Eurostat in den Jahren ab 2022 feststellen. Bei Eurostat beleibt die Schuldenquote weiter knapp über der SWP-Grenze, mit den Zahlen der Bundesbank sinkt sie wieder darunter. Da es mir an dieser Stelle aber auf die Relation der EU-Staaten zueinander ankommt, bin ich den Gründen dieser Abweichung nicht nachgegangen. Das Ergebnis würde sich bei einer Korrektur nicht wesentlich ändern, Deutschland würde nur “noch besser” dastehen.

[40] Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, dass es vor allem eine Reihe kleinerer Staaten gibt, die noch deutlich besser dastehen als Deutschland. Beispielhaft dafür habe ich Schweden mit in die Darstellung aufgenommen.

[41] Die verschiedensten Bundesregierungen haben aus verschiedensten Anlässen in der Vergangenheit immer wieder Sondervermögen errichtet. (also Schulden neben dem Bundeshaushalt gemacht) – wir kommen gleich weiter unten genauer darauf zurück).

Sondervermögen, um es an dieser Stelle noch einmal klarzustellen, sind Schulden. Der Unterschied zu „normalen“ Staatsschulden besteht einzig darin, dass diese Schulden nicht Bestandteil des Bundeshaushaltes sind, **also nicht der Kontrolle des Parlamentes unterliegen**. Eine Bundesregierung kann diese Neuverschuldung einleiten, ohne dass darüber abgestimmt werden muss.

Sehr schnell, noch vor den Wahlen im Februar 25 war den praktisch schon feststehenden Regierungs-Nachfolgern aus CDU und SPD klar, dass sie auch in Zukunft mit jeder Modernisierungsidee an der Schuldenbremse scheitern würden. Also hat die Ampel in den letzten Zügen gemeinsam mit der Opposition noch die Schuldenbremse ausgesetzt, bevor sie von der Kampfbahn verschwand.

Nun, da der Weg frei war für eine neue Regierung – und eigentlich auch für eine “neue” Schuldenpolitik –, wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass Haushalte für das laufende und die kommenden Jahre so aufgestellt werden, dass die Sondervermögen als das dargestellt werden, was sie sind, nämlich Schulden, und diese Schulden dazu in den Kernhaushalt überführt werden. Aber das geschah unter Hinweis auf den SWP nicht. Diese „Vermögen“, die eigentlich Schulden sind, bleiben genau so bestehen, wie unter den Vorgängerregierungen [42]. Nicht alle Bürger wissen, dass mittlerweile neben dem Bundeshaushalt auch noch ein recht bedeutender „Sonderhaushalt“ existiert. Das sei besser so für die Volksseele, glaubt die aktuelle Regierung und befindet sich damit im Gleichklang mit allen früheren Regierungen, denn ihr ist sehr bewusst, wie schwierig, besser unmöglich es für sie geworden wäre einen um die Sondervermögen stark ausgeweitete Bundeshaushalt durch das Parlament zu bringen. Die Krux an diesem Versteckspiel ist allerdings – unter anderem –, dass die Zinsen und die Tilgungen für die Sondervermögen dann eben doch im „normalen“ Bundeshaushalt auftauchen, denn kein Sondervermögen (Sonderschulden) erzeugt in irgendeiner Form Einnahmen, aus denen diese Schulden getilgt werden könnten. Diese Aufgabe fällt an die Bürger zurück.

Wenn es also in 2025 und 2026 Bundeshaushalte gibt, die den SWP immer noch einhalten, dann haben diese Haushalte aber leider mit der realen Gesamt-Verschuldung von Deutschland nicht mehr viel zu tun. Europa, mit seinen Institutionen, rechnet da anders. Es ist leider nicht immer leicht, auf dieser Ebenen aktuelle Zahlen zu finden. Auf jeden Fall kann ich die obigen Diagramme auf Grund fehlender Zahlen noch nicht weiter fortschreiben, denn es wäre unredlich, Haushaltsstatistiken mit Haushaltsplänen „zu verlängeren“. Weshalb ich zur Erweiterung auf eine einfache Tabelle zurück greife [43].

[42] Es mag haushaltsrechtliche, oder sonstige Bestimmungen oder Gesetze geben, die diese Überführung der Sondervermögen in die Bundesschulden des Haushaltes erschweren, oder gar verbieten. Der Transparenz dient ein solches „Verstecken“ jedenfalls nicht.

[43] Es ist natürlich verwirrend, wenn ich hier unterschiedliche Zahlen als Berechnungsbasis für die Schuldenquote angeben muss. Wie weiter oben schon gesagt, benutzen Eurostat und Destatis unterschiedliche Zahlen und kommen somit zu unterschiedlichen Quoten. Da es hier um den internationalen Vergleich

Tabelle 1: Haushaltstitel

	Schulden/BIP	**Datum**	**Mrd. Euro**
1)	Destatis: Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumenang. (Mrd. EUR)	21.12.25	3.608,70
2)	Eurostat: Bruttoinlandsprodukt (BIP) Verkettete Volumen (2010), Millionen Euro	31.12.25	3.058,69
3)	Destatis: Entwicklung der Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich nach Ebenen und Art der Schulden	31.12.24	2.510,52
4)	BMF: Kredite Bundeshaushalt, Sondervermögen und Mitfinanzierung Abwicklungsanstalten und KfW	30.11.25	1.793,10
5)	Statistisches Bundesamt: Öffentliche Schulden im 3. Quartal 2025 um 2,1 % höher als im Vorquartal	30.09.25	2.608,80
	Schuldenquote aus 1) u. 5)	31.12.25	72,29 %

Deutschlands Staatsschuldenquote wächst also nach Eurostat innerhalb eines Jahres von 62,5 % um 15,7 % auf 72,3 %.

Hier hätte der Bundeskanzler also Recht mit seinen Worten: "… das können wir uns nicht leisten …", wenn er damit impliziert, dass dieser Anstieg nicht jedes Jahr in seiner Legislatur so weitergehen kann.

Allerdings sind die von ihm gezogenen Schlüsse aus dieser Steigerung der Verschuldung fragwürdig: will er doch vorrangig an den Sozialausgaben sparen. Die Begründung dafür, dass an der Haushalts- und Finanzkrise des Deutschen Staates die Sozialausgaben „Schuld sind" bleibt er mit dieser altbekannten Forderung genau so schuldig, wie alle seine Vorgänger.

Wie wir aber im weiteren Verlauf unserer Untersuchung erkennen werden: die Steigerung der Schuldenquote – und damit die zunehmende Zinslast für die Jugend – beruht nicht auf einer unerwarteten Explosion der Sozialleistungen, sonder aus der Ausweitung der Sondervermögen für Investitionen und in die Infrastruktur und in das Militär.

geht, habe ich – wie auch schon zum Diagramm in der Abbildung 6. – die Zahlen von Eurostat benutzt, um die neue Schuldenquote am Jahresende 2025 mit seinen enormen Aufwüchsen in den Sondervermögen herauszustellen.

Es ist also sicher nicht unredlich, wenn wir dem Bundeskanzler unterstellen, dass er Kürzungen der Sozialleistungen meint, wenn er sagt: …nun ja, ich habe dieses Zitat schon oft genug bemüht …

Die Frage muss aber gestellt werden: was haben die Sozialleistungen mit dieser Schuldensteigerung durch Investitionen und Militär überhaupt zu tun? Sie haben damit insofern etwas zu tun, als dass die Sozialleistungen gesetzlich festgeschrieben sind und deshalb niemand die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel ohne Weiteres für Rüstung, Bahn, Straßen, Brücken usw. ausgeben kann. Wer also groß investieren will MUSS so lange Schulden aufnehmen, bis er die Sozialgesetze so geändert hat, dass er die Sozialleistungen in solchen Größenordnungen kürzen kann, die sich im Rahmen von Investitionen für eine Modernisierung der Infrastruktur überhaupt bemerkbar machen.

Wir halten an dieser Stelle folgender Zwischenergebnisser fest[44]:

1. Der Kanzler spricht von einer Gesamtverschuldung, die wir uns nicht mehr leisten könnt.
2. Dabei ist nun klar geworden, dass mindestens zwei unterschiedliche Schuldenarten in unsere Zukunft und die unserer Jugend reichen:
   a) die offiziellen Bundenschulden
   b) und die Sonderhaushalte

Wir werden also im Weiteren diese beiden unterschiedlichen Schuldenquellen zu betrachten haben, um herauszufinden, wo und in welcher Höhe sich die Explosion der Sozialausgaben darin verbirgt.

4.3 Die Sonderhaushalte

Untersuchen wir also zunächst die Sonderhaushalte darauf, ob sich in ihnen Explosionen von von Sozialleistungen verbergen. Zu erwarten ist das allerdings nicht, denn Sozialleistungen sind stetige, regelmäßige Ausgaben. Die Einrichtung von Sondervermögen unterliegt aber Regeln, die einen Besonderen Anlass voraussetzen. Nachdem ich nun mehrmals die fatale Rolle der Sonderhaushalte betont habe, ist es sicher angebracht, dasjenige anzuzeigen, was wir zu diesem Zeitpunkt darüber wissen.

4.3.1 alle Kredite

Um den Zusammenhang zu behalten, beginne ich noch einmal mit den Zahlen zur Gesamtverschuldung.

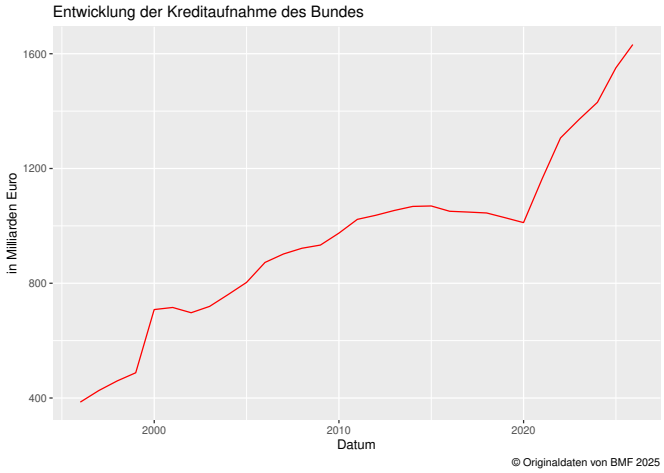


Abbildung 7:
Kredite Bundeshaushalt, Sondervermögen und Mitfinanzierung Abwicklungsanstalten und KfW

4.3.2 Summer aller Sondervermögen

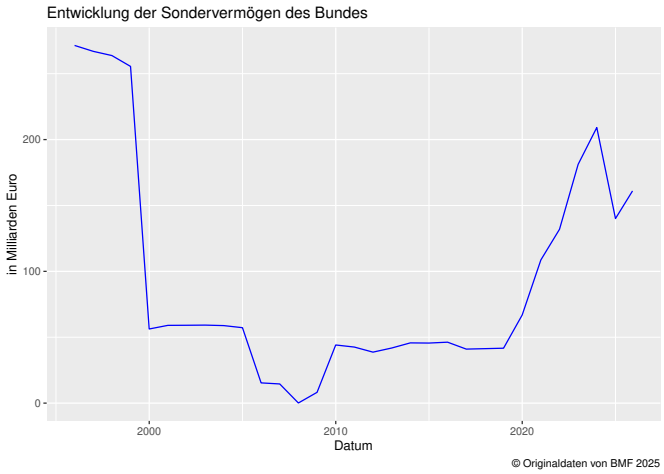


Abbildung 8: Summe aller Sondervermögen

Bei diesen beiden Grafiken ist zu beachten, dass sich die Skalierung der y-Achse stark unterscheidet. Beider Male ist die Maßeinheit in Milliarden Euro. Aber in Abb. 7 reicht die Skala von 400 bis 1.600 Mrd. Euro. In der Abb. 8 vib 0 bis 270 Mrd Euro. Die Anteil der Sonderverögen an allen Schulden betrug über alle Zeiten niemals mehr als ganz grob 17%. Trotzdem sind und bleiben 270 Mrd Euro eine gewaltige Summe. Wie wir bereits weiter oben gelernt haben, lassen sich solche ”Verhältnisseäm besten in Quotienten veranschaulichen.

4.3.3 Quotient Sondervermögen

Wir bilden also als nächstes den Quotienten aus der Summe alle Sondervermögen und der Gesamtsumme aller Schulden aller Gesellschaftlicher Sektoren

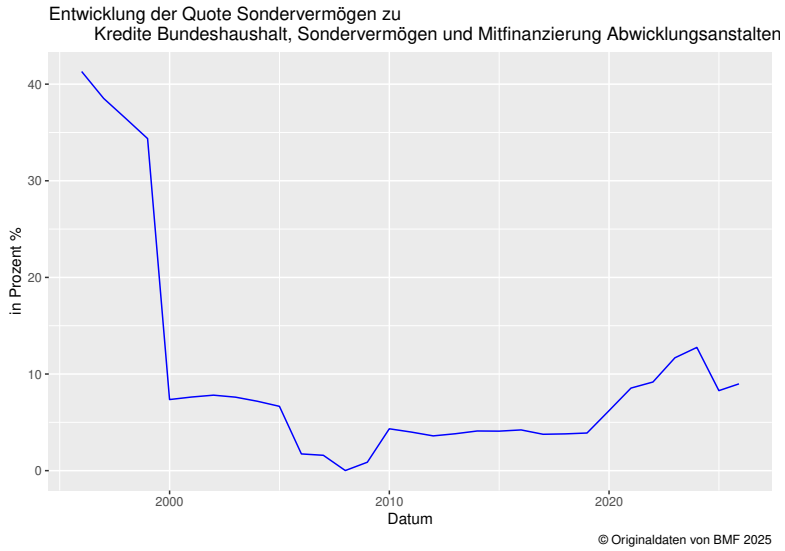


Abbildung 9: Quotient aus Summe der Sondervermögen und allen Schulden

4.3.4 Die einzelnen Sonvermögen

Bisher haben die Summen der Sondervermögen über ihrem Zeitlichen Verlauf dargestellt. In der Realität stellen die Sondervermögen jeweils einzelne Kreditaufnahmen aus gegebenen Anlässen dar; nämlich solchen unausweichlichen Anlässen, die es rechtfertigen, dass ein neues Sondervermögen eröffnet wird. Aus der nächsten Grafik werden wir auch entnehmen können, um welche Kredite aus welchen Anlass es sich jeweils handelt. [45] To do (9)

[45] Alle diese Kredite hatten und haben gewichtige historische, oder aktuelle Anlässe. Man kann den vergangenen und gegenwärtigen Regierungen nicht den Vorwurf machen, dass sie aus nichtigen Anlässen gehandelt haben. Die Frage mit der wir uns später weiter beschäftigen müssen ist: ein Anlass für ein Sondervermögen nicht automatisch gleichbedeutend damit, wohin das aufgenommene Geld dann wirklich fließt. Und diese Sonder vermögen – ich wiederhole dies immer wieder – nicht automatisch vom Parlament kontrolliert werden, entstehen immer wieder Missverständnisse, Verdächtigungen und Zerwürfnisse, was die jeweilige Regierung mit den Geldern aus den Sondervermögen anstellt. Der Hauptvorwurf lautet immer: Bevorzugung einer eigenen Klientel, Verteilung versprochener Wahlgeschenke. Wir werden im Rahmen dieses Aufsatzes keine Antworten auf diese Fragen geben können, aber es wird ersichtlich, wenn Geschenke mit diesen Geldern verteilt werden sollten, in welchem Umfang dies unser Politisches System betrifft.

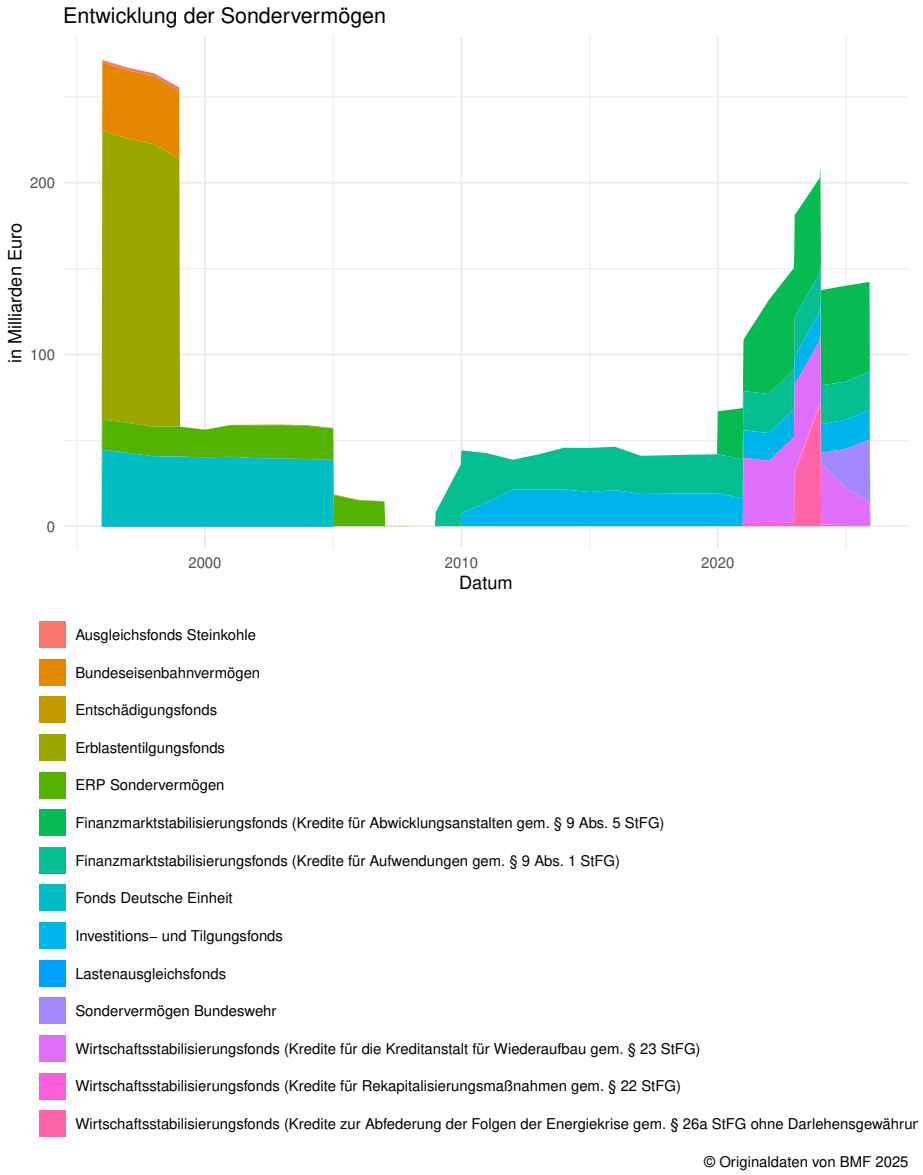


Abbildung 10: Entwicklung der Sondervermögen

Wie wir in der graphischen Darstellung gut erkennen können, gibt praktisch zwei getrennte Phasen der Verschuldung über Sondervermögen:

1. historischen Vermögen und Schulden aus der Deutschen Einheit

2. eine kurze Pause der Verschuldung ab ca 2006
3. das Wiedereinsetzen der Verschuldung durch Sondervermögen im 2007

Wir bezeichnen die dritte Phase der Aufnahme von Sondervermögen zur einfacheren Abgrenzung in Zukunft als „Aktuelle Sondervermögen“ – und stellen diese zur besseren Erinnerung noch ein mal abgegrenzt dar.

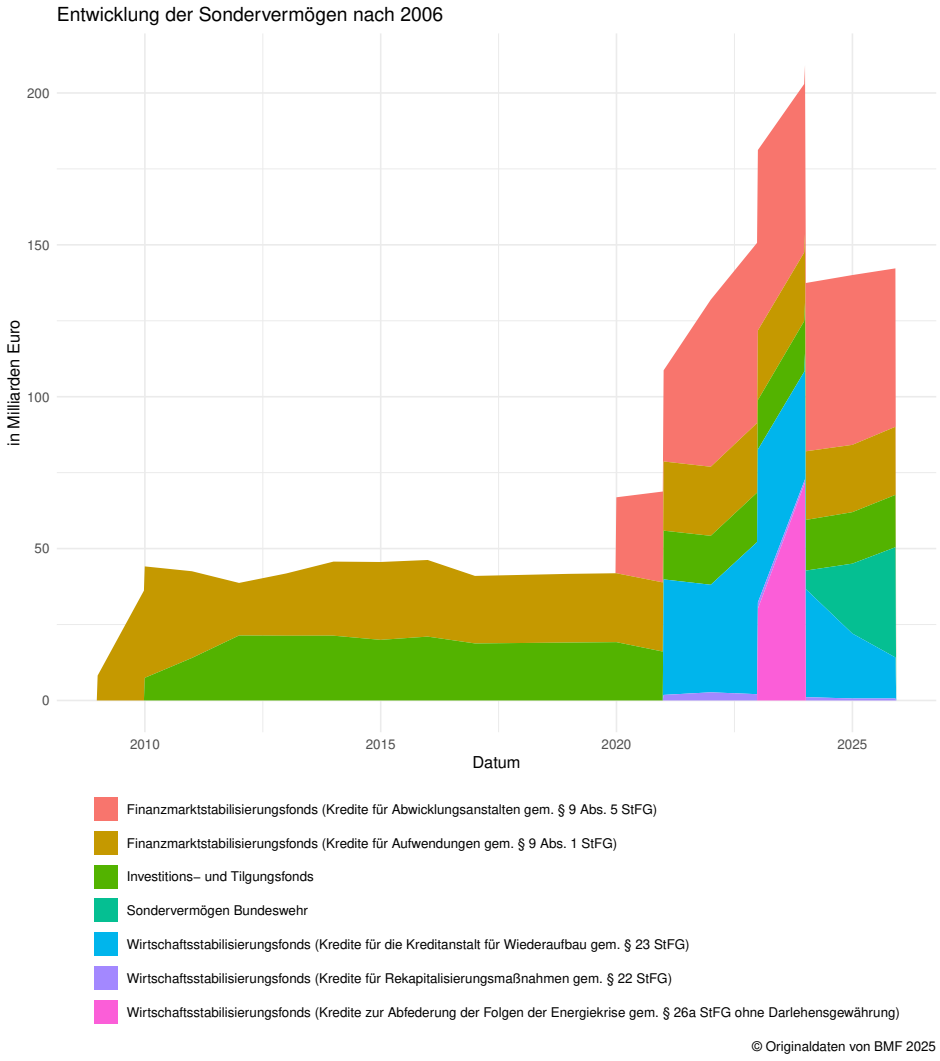


Abbildung 11: Die Aktuellen Sondervermögen

4.3.5 Anlässe und Folgen der Errichtung der Aktuellen sondervermögen

Auch wenn wir der Abb. 10 im Grunde schon entnehmen können, worum es sich bei den neuen Sondervermögen handelt, so reicht unser individuelles Erinnerungsvermögen im Allgemeinen doch nicht so genau in den verflossenen Alltag der vergangenen Jahre zurück, dass wir die einzelnen Anlässe unterscheiden könnten. Wird werden die letzte Grafik also noch ein weiteres mal vervollständigen. Wir fügen die einzelnen Anlässe der Aktuellen Sondervermögen hinzu, um uns danach – um so unmissverständlicher – mit den Folgen befassen zu können.

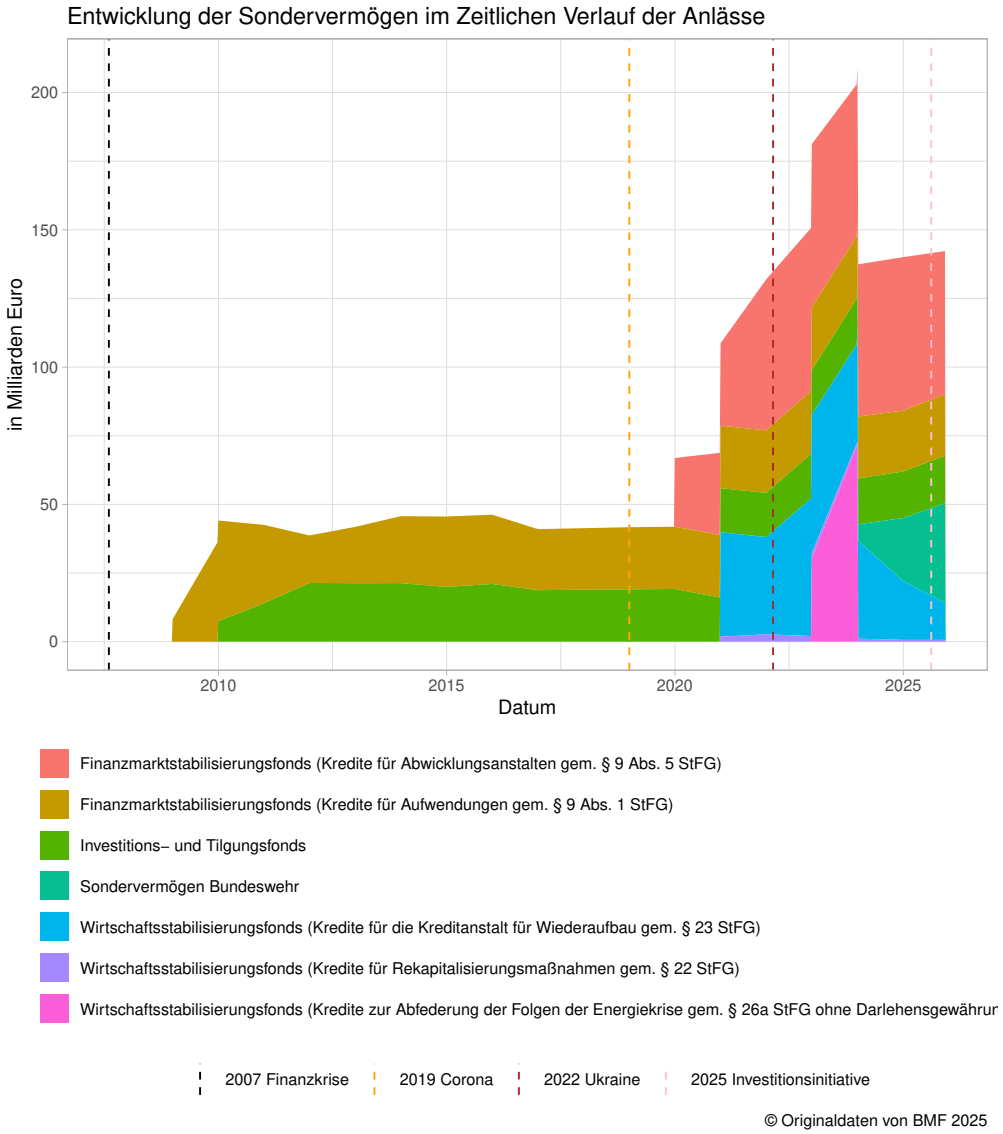


Abbildung 12: Die Anlässe der aktuellen Sondervermögen.

4.4 Die Schulden im Bundeshaushalt

Einen Gesamtverlauf der Entwicklung der Bundesschulden haben wir schon in 4.2.1 auf Seite 29 gegeben. Hier werden wir jetzt im Weiteren untersuchen, in wie weit wir darstellen können, **wofür** diese Schulden eingesetzt, oder aufgewendet werden. Wir wenden uns dazu wieder an das Bundesministerium für Finanzen und können folgende Grafik aufstellen. To do (11)

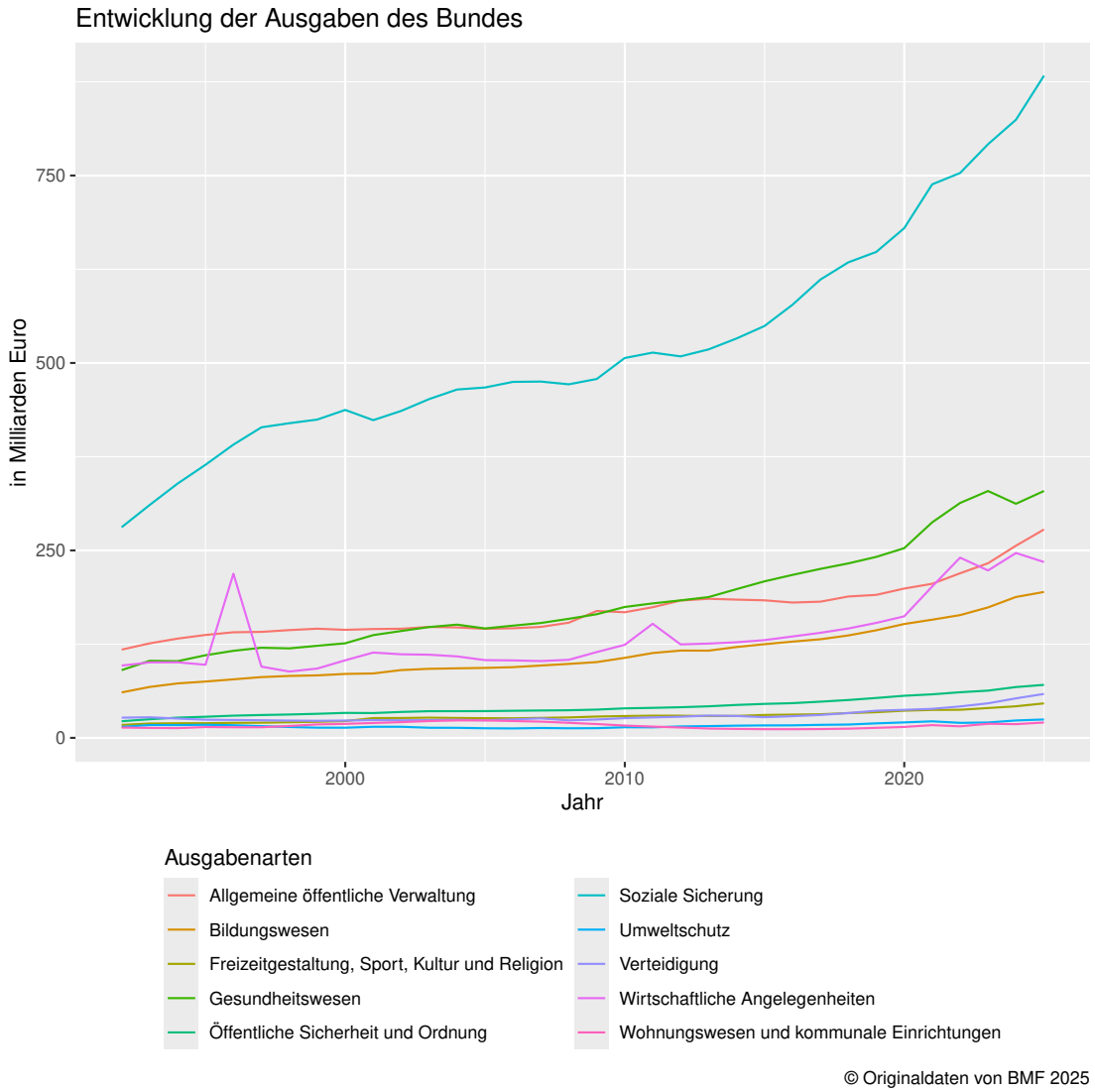


Abbildung 13: Ausgaben des Bundes

In dieser Abbildung fallen zwei Linien auf:

1. die Soziale Sicherung, weil sie allen anderen Ausgaben davoneilt
2. und das Gesundheitswesen, weil die Ausgaben dafür ebenfalls alle andern Bereiche überholt haben

Deshalb ziehen wir diese beiden Ausgabearten noch einmal gesondert heraus und setzen sie in Verbindung mit den Anlässen in der jüngeren Vergangenheit.

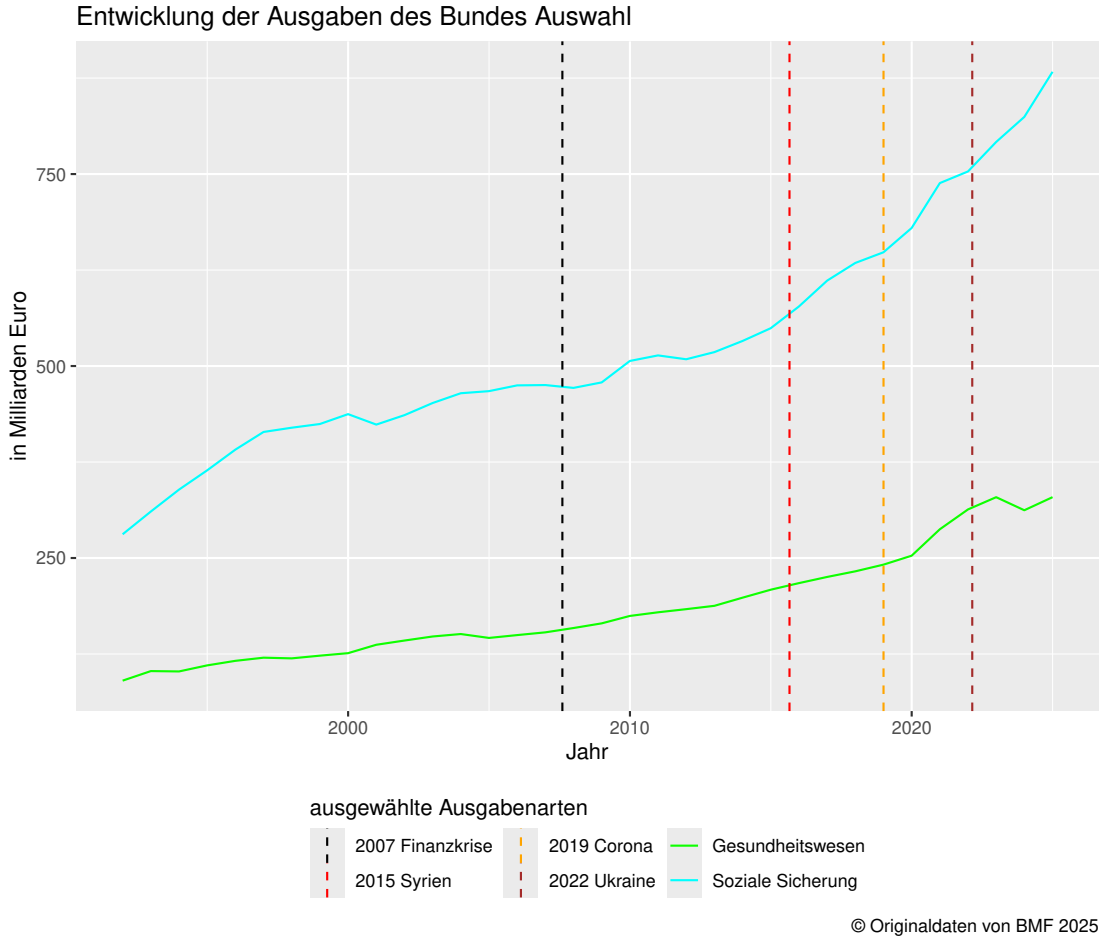


Abbildung 14: Ausgewählte Ausgabearten und zeilliche Anlässe

In diesem Falle hilft uns diese Freistellung nicht weiter. Wenn wir genauer darüber

nachdenken, dann wird uns klar, dass die Soziale Sicherung und das Gesundheitswesen wahrscheinlich sehr entkoppelt sind von aktuellen, tagespolitischen Ereignissen, wie die hier eingearbeiteten Krisen. Renten werden fällig, ob eine Finanzkrise stattfindet, oder ein Krieg beginnt.

Die Frage, wie die Flüchtlingskrisen aus Syrien und der Ukraine sich in diesen Ausgaben abbilden müssen wir auf noch etwas weiter aufschieben, denn Vergleichsstatistiken, egal ob national, oder international, haben nicht die hier angeführten Ausgabearten zur Grundlage. Sie werden mit Hilfe eines Sozialbudgets in einer Sozialquote ausgedrückt.

Dieses Sozialbudget umfasst z.B. im Unterschied zu den hier betrachteten Sozialen Ausgaben auch die Beiträge zu den Sozialsystemen, die logischerweise hier in den Ausgaben des Bundes nicht enthalten sind. Es handelt sich um andere Haushalte, auch wenn der Bund zu Zuschüssen für versicherungsfremde Leistungen verpflichtet ist.

Wir können diese durchaus wichtige Frage, an dieser Stelle noch nicht weiter verfolgen, weil wir damit unsere bisherige Zahlengrundlage, die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, verlassen würden. Das Ergebnis wäre nur noch mehr Verwirrung zwischen all den Zahlen.

Deshalb wende ich mich an dieser Stelle zunächst noch einmal der Frage zu, warum der Staat überhaupt Schulden aufnehmen muss, wenn doch überall gearbeitet wird und Steuereinnahmen und Abgaben fließen.

5 Stagnation

Die Haushaltspläne unserer Gemeinwesen beruhen auf Schätzungen von Fachleuten und Erwartungen von Finanzpolitikern, wie sich die Wirtschaft des jeweiligen Gemeinwesen entwickeln wird. Die Prognosen beinhalten beide Seiten:

1. die Einnahmeseite, wie wird sich die Wirtschaft entwickeln, mir wie vielen Einnahmen ist zu rechnen
2. die Ausgabeseite, diese umfasst nicht nur die Töpfe, aus denen geschöpft werden kann, sondern auch gesetzliche Verpflichtungen wie
   a) Tarifverträge
   b) gesetzlich vorgeschriebene Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch
   c) Verteidigungsausgaben
   d) Infrastrukturinvestitionen
   e) internationale Verpflichtungen usw.

Es liegt auf der Hand: wenn die Einnahmen hinter den Plänen zurückbleiben, weil die Wirtschaft nicht so wächst, wie erwartet, dann entstehen „automatisch“ Ausgaben-Löcher im Haushalt. Manche der Löcher können dadurch geschlossen werden, indem man nachträglich Ausgabepositionen im Haushalt kürzt. Andere Positionen, diejenigen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen, die können nicht gekürzt werden; jedenfalls in unserem Lande nicht so einfach wie in anderen Weltgegenden. Dies hat zur Folge, dass sich der Deutsche Staat automatisch **verschulden muss**, wenn seine Pläne hinter der Realität zurückbleiben.

Damit sind wir bei der Merkelschen „Macht des Faktischen“ angekommen. Oder um es mit den einfacheren Worten von Olaf Scholz zu sagen: „Das konnte ja nun wirklich niemand wissen“.

Ich möchte im eher statistischen Teil dieses Aufsatzes ideologische Zuspitzungen vermeiden. Das führte nur von den Zahlen weg in das Reich der Meinungen. Aber an der wenige Zeilen weiter oben erwähnten Diskrepanz von Plan und Wirklichkeit - und den daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Folgen - wird schon ansatzweise klar, wie sehr eine Volkswirtschaft von der Weisheit seiner Anführer abhängt. Und damit diese Macht des Faktischen sich nicht hinter unserem Rücken zu einem unbeherrschbaren Dämon auswächst, nehme ich Zuflucht zu einem Beispiel aus der jüngeren Geschichte unseres Landes, das jedem von uns geläufig ist – wenn er es nicht ganz bewusst verdrängt, oder umdeutet.

5.1 Verteitigungshaushalt

Als nach dem Untergang des Sozialismus auch noch die Sowjetunion zerfiel wurde für eine kurze Zeit nicht nur das „Ende der Geschichte“, sondern auch der „Ewige Frieden“ in Europa ausgerufen. Daraus ergab sich eine volkswirtschaftliche „Friedensdividende“, die gerade in Deutschland sehr willkommen war. Konnte doch ein Teil der eingesparten Verteidigungs-Milliarden in den „Aufbau Ost“ umgeleitet werden. Ab 2010 wurde dann die Wehrpflicht ausgesetzt und die Bundeswehr wurde schrittweise verkleinert. Diese Entscheidungen wurden auch durchgehalten, als bereits wenige Jahre später Russland seine Imperialen Ziele offen reaktivierte.[46] und die Unruhen an der Ostgrenze der Ukraine zu schüren begann. Daran, an diesem Glauben an den ewigen Frieden, änderte sich auch nichts, als für jedermann sichtbar, Russland die Minsker Verträge zu einem Hinhalte-Theater umfunktionierte. Deutschland beharrte gegen warnende Mahnungen aus den Grenzstaaten im Osten und aus den USA auf dem „Wandel durch Handel“ und steigerte stattdessen seine wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland weiter, während die Bundeswehr ebenso kontinuierlich schrumpfte, Technik und Infrastruktur veralteten, oder außer Dienst gestellt wurden.

Der Beginn des offenen Krieges Russlands gegen „Europa“ schuf dann mit der Frage nach der „Kriegsfähigkeit Deutschlands“, dem „Wumms“, dem folgendem „Doppelwums“ und der Umstellung der Energieversorgung nach dem Ausfall des Russischen Erdgases, genau solch eine Situation in der die Haushaltspläne der amtierenden Bundesregierung versagen mussten. Der Wirbel der Schuldenspirale nahm und nimmt immer schnellere Fahrt auf, denn die riesigen Beträge, die nun in die Verteitigung und die Neuausrichtung der Energieversorgung fließen sind nicht nur „Schulden“, sondern sie fehlen nun an vielen anderen Stellen an denen der Deutsche Staat außerdem dringenden Erneuerungsbedarf hat.[47] Da nun alle diese Bereiche der Volkswirtschaft „beschnitten“ werden führt das nicht nur zu ausufernden Schulden, sondern aufgrund fehlender Investitionen zu fehlendem Wirtschaftswachstum. Aus der Friedensdividende und der Schuldenbremse der Zehner Jahre ist hinter dem Rücken der Handelnden ein Wirtschaftsbremse geworden, welche die aktuellen Probleme immer weiter verschärft: kein Wirtschaftswachstum ist gleichbedeutend mit dem Ausbleiben von Investitionen, es sei denn – diese Investitionen beruhen auf Schulden. **DAS ist die Abwärtsspirale in der sich Deutschland zur Zeit befindet.** Soweit meine unbescheidene Meinung: es gehört schon jede Menge Chuzpe dazu, diesen Mechanismus auf das Ausufern des Sozialstaates zu verengen.

Nachdem wir anhand der Bundesschulden, der Sondervermögen und der Feststellung einiger politische Fehlentscheidungen festgestellt haben, dass die „Überlastung des Sys-

[46] Putins Rede auf der Sicherheitskonferenz

[47] Wir haben an dieser Stelle bewusst die Finanzkrise und Corona übersprungen, um den Problemkreis irgendwie überschaubar zu halten.

tems“ nicht allein aus aktuellen Veränderungen in Sozialhaushalt stammt, sollten wir kurz innehalten und uns etwas genauer umschauen, wie eigentlich z. B. die Bundeswehr und Infrastrukturinvestitionen bisher finanziert wurden.

Eine erste Antwort ist trivial: Im Bundeshaushalt werden über die entsprechenden Positionen die Mittel dafür bereit gestellt.

1. Verteidigung als Haushaltstitel im Bundeshaushalt: Einzelplan 14 Ausgaben 14[48]
2. Investitionen als Haushaltstitel im Bundeshaushalt in verschiedenen Einzelplänen[49]

5.2 Verteitigungsquoten

Zunächst machen wir uns ein ein Bild von Verlauf der Verteidigunsausgaben der vergangenen Jahrzehnt. Diesmal überspringen wir sofort die Darstellung absoluter Werte und wenden uns gleich der Verteidigungsquote zu.[50]

[48] Allerdings werden im Haushalt nicht die Sondervermögen aufgeführt. Deswegen erhalten wir im Folgendem je nach Berechnungsmethode recht unterschiedliche Ergebnisse

[49] Bundeshaushalt Download-Portal

[50] Denn wir wissen ja mittlerweile, dass nur diese Quoten internationale Vergleiche zulassen.

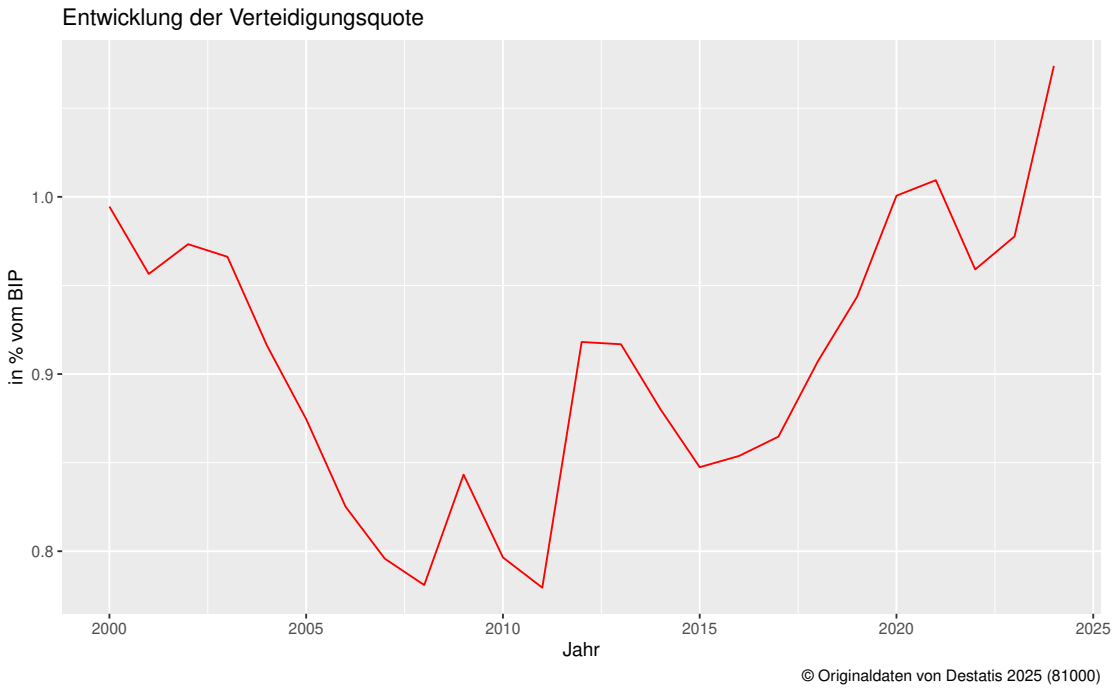


Abbildung 15: Verteitigungsquote nach destatis.de

Beim betrachten dieses Verlaufen sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass das Nato-Ziel schon immer bei 2% vom BIP lag. Gemessen daran sprechen die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren eine überdeutliche Sprache. Selbst heute, nach **Wumms & Doppelwumms** ist Deutschland immer noch von diesem 2% Ziel um Milliarden entfernt.

So desillusionierend diese Rote Linie schon ist, es geht noch schlimmer. Die Verteitigungsausgaben der Nationen und Bündnisse werden von internationalen Organisationen sehr penibel überwacht. Unter diesen NGO nimmt SIPRI[51] eine führende Rolle ein und steht ganz sicher nicht im Verdacht, die Verteidigungsbudgets zu untertreiben. Dennoch unterbietetem die SIPRI-Daten die deutsche Selbstauskunft noch.

[51] STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

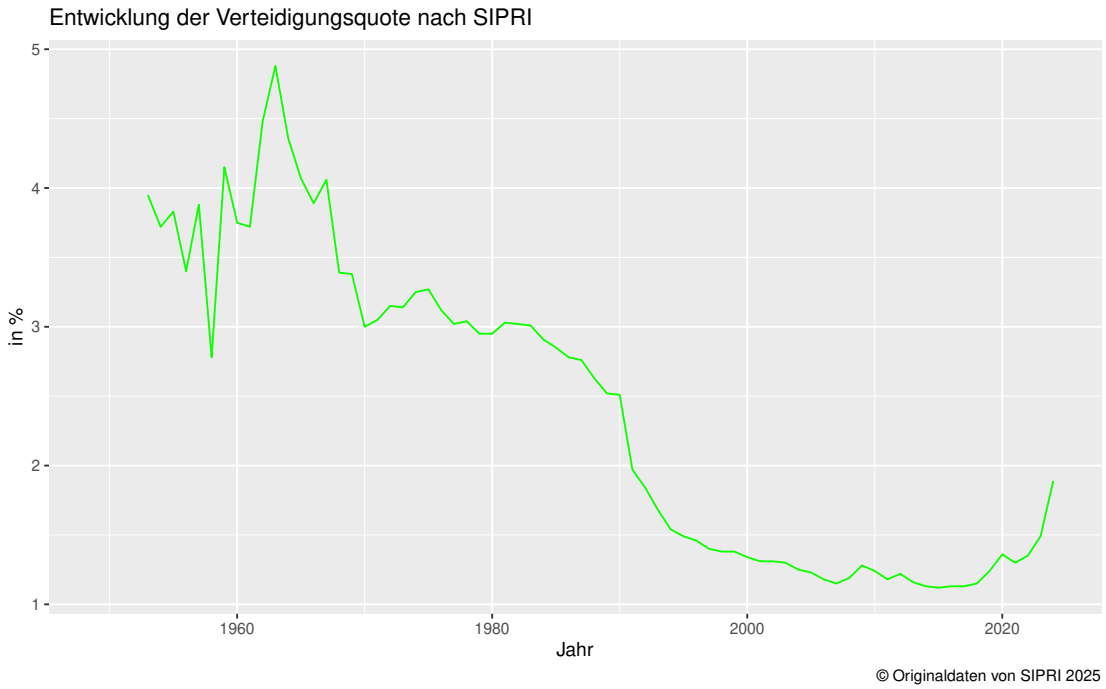


Abbildung 16: Verteitigungsquote nach SIPRI

Diese grüne Linie, die in meinen Augen eher von der Friedensdividende erzählt, denn von Aufrüstung, macht aber sogleich das ganze Ausmaß des Problems sichtbar. So komfortabel die vergangenen Zeiten für Deutschland waren, sie sind gleichzeitig ein Spiegelbild davon, wie weit andere Nationen Deutschland in der Verteidigungsfähigkeit enteilt sind. Auf diesem Wege bekommen wir allmählich ein Vorstellung von der Größe des Problems, welches uns aus der Vergangenheit erwächst: **gleichzeitig** versäumte Modernisierung nachzuholen **und** sich zusätzlich gegen neue, bisher unbekannte Bedrohungen zu wappnen.

Um den Bemühungen der letzten und der aktuellen Bundesregierung mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, vervollständigen wir abschließend zu diesem Punkt noch die Bemühungen unsere „Nachforschungen“ um zwei weitere Schaubilder.

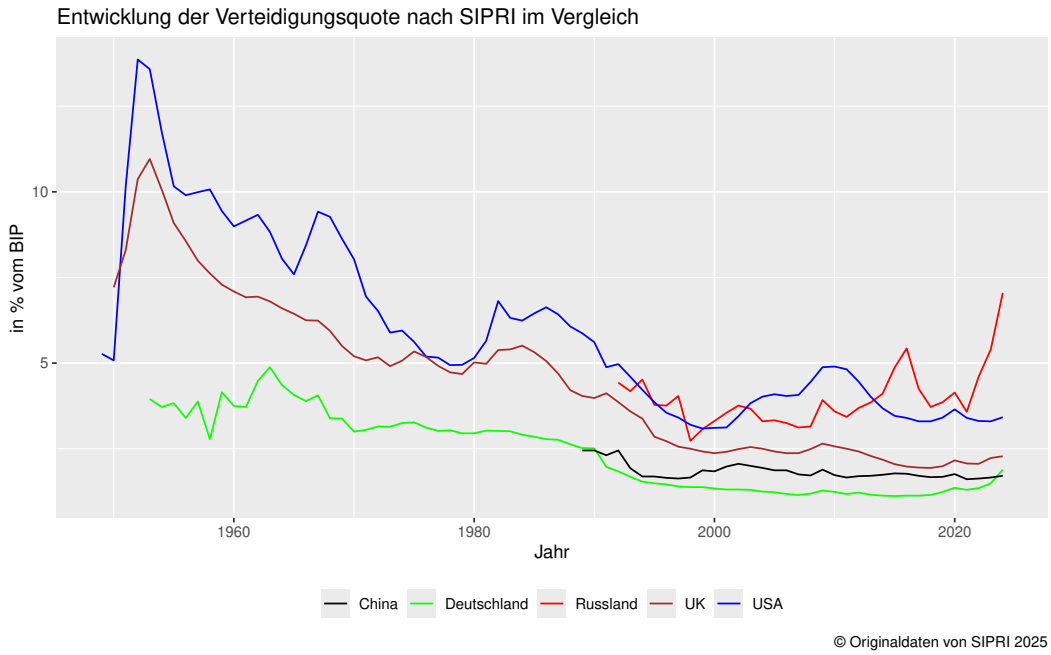


Abbildung 17: ausgewählte Rüstungsquoten im internationalen Vergleich

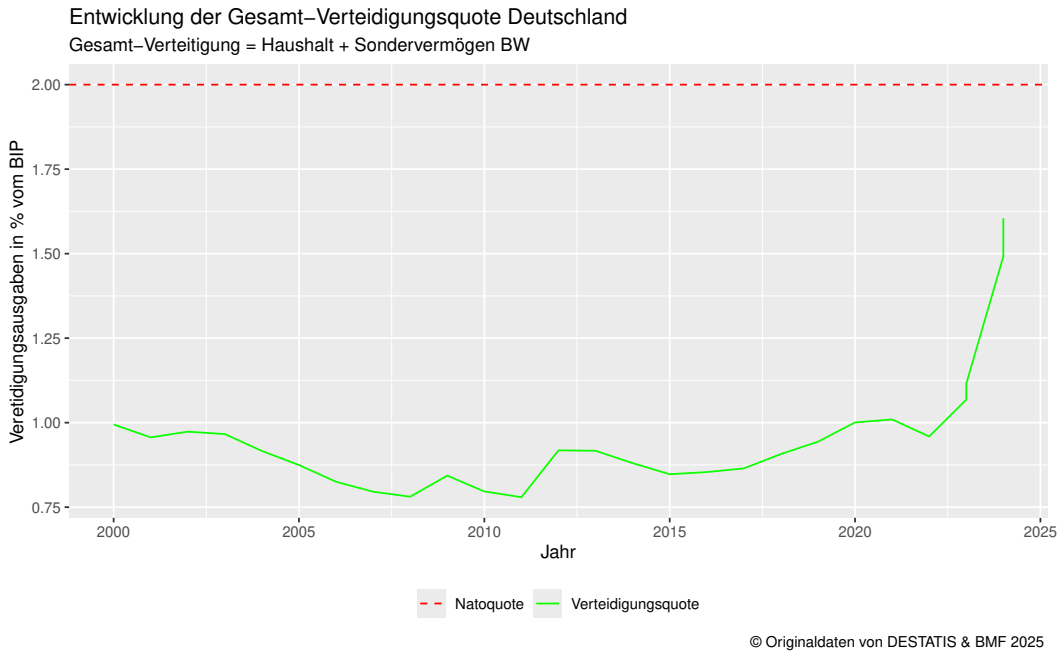


Abbildung 18: Verteidigungsquote Deutschland mit Sondervermögen

Wie uns diese beiden letzten Grafiken verraten, ist Deutschland unter den betrachteten Staaten über Jahrzehnte hinweg eher mit dem Palmwedel unterwegs, als militärisch auffällig. Was wiederum in einem nur schwer erklärlichen Widerspruch zu Selbstwahrnehmung eines beträchtlichen Teils der eignen Bevölkerung steht.

Und auch die letzte Grafik, in der das „militärische Sondervermögen“ mit eingerechnet ist, zeigt uns, dass Deutschland immer noch nur auf einem sehr schlanken Fuß verteidigungsfähig ist. Im konkreten Bild tritt die Aussage zu Tage, dass nicht nur das zur Verfügung gestellte Geld allein ausschlaggebend ist, sondern ebenso die Möglichkeiten dieses Geld auszugeben. Auch im vierten Kriegsjahr hat es Deutschland noch nicht geschafft, sich eine Rüstungsindustrie zu schaffen, welche die Fähigkeit besitzt, die bereitgestellten Mittel zu verbrauchen. Das kann man begrüßen oder bedauern, es ändert nichts daran, wie wir international wahrgenommen werden: als Ankündigungsweltmeister – ein weniger schönfärberischer Ausdruck ist „Großklappe und nichts dahinter“.

Und hier nun, ganz an Ende dieses ganz und gar ernüchternden Kapitels[52] kommt noch einmal der Zeitpunkt darauf hinzuweisen, dass das obige Beispiel der Verteidigungshaushaltes

[52]Für all diejenigen, die die Deutschen mittlerweile für „kriegsbesoffen“ gehalten haben.

Aufz. 19: Krisensymptome

- Gesundheitswesen
- Bildungswesen
- Reform der Sozialen Sicherungssysteme
- Verkehrsinfrastruktur
  a) Schiene
  b) Straßen
  c) Brücken
- Energieinfrastuktur
  d) Kraftwerke
  e) Netze
  f) Speicher
- digitales Neuland
- Verwaltungsreformen
- Entbürokratisierung
- Auflösung der übergewichtigen Handelsbeziehungen zu wenigen, dominierenden Partnern (Diversifizierung)
  g) USA
  h) China

eben nichts weiter ist als ein beliebiges Beispiel aus der Reihe der bundesrepublikanischen Versäumnisse. Als da weiterhin zu nennen wären

Jeder einzelne Punkt dieser Liste hat das Potential – so wie der Verteidigungshaushalt – über Jahre hinweg Milliarden an Schulden auszulösen. Denn es wird Jahre dauern, bis der Investitionsstau in jedem einzelnen Bereich nachgeholt ist und ein wirkliche Modernisierung beginnt. Und die bisherige Antworten der aktuellen Regierung lauten:

I. Abschiebung
II. Umwandlung von Bürgergeld in Grundsicherung

III. Neue Rentenkommission

Zugegeben, die letzte Aufzählung ist verkürzt. Trotzdem kann sie uns Verdeutlichen, dass die Regierung praktisch mit Spielzeug, mit Kleingeld gegen Herausforderungen antritt, die sich über Jahrzehnte aufgetürmt haben – wenn man von den noch nicht bekannten Ergebnissen der Rentenkommission auch noch absehen muss.

Also lassen wir uns als Nächstes auf die Diskussion des Sozialbudgets ein, wie sie in der Haushaltsdebatte im Spätherbst zu Tage trat und vor allem von den Vertretern der Jungen Union im Bundestag bis zu einer mögliches Abstimmungs-Niederlage des Kanzlers forciert wurde.

Dabei steht – Renten-Kommissionen hin oder her – eine Elefantenherde unübersehbar im Raum, die von keiner Bundesregierung der Welt im Alleingang domestiziert werden kann:

1. der Demografische Wandel in der deutschen Gesellschaft ist seit Jahrzehnten prognostiziert und nicht mehr aufzuhalten[53]
2. die Folgen der Veränderungen in der Umwelt
3. die Rückkehr von Imperien als Dominatoren der Geopolitik
4. die Zerstörung des Welthandelssystems und seiner Rechtsgrundlagen
5. die unregulierte Privatisierung des Weltwissens durch drei US-Amerikanische Großkonzerne und China mit ihren noch unabsehbaren Konsequenzen für das geistige Eigentum

[53] Auch nicht mit „Kinder statt Inder."

6 Demografischer Wandel

Alte Menschen sind krank. Alte Menschen gehen nicht zur Arbeit. Kranke gehen nicht zur Arbeit. Arbeitslose arbeiten nicht und werden auch krank. Alles das müssen die bezahlen, die arbeiten. Da es immer mehr Alte, Kranke und aktuell auch wieder mehr Arbeitslose gibt, können wir uns das nicht mehr leisten. Diese These wollen wir als nächstes untersuchen.

Wir fangen mit den Rentnern an. Jeder Jeder kennt den Tannenbaum der auf der Spitze steht und unsere Altersverteilung abbildet.

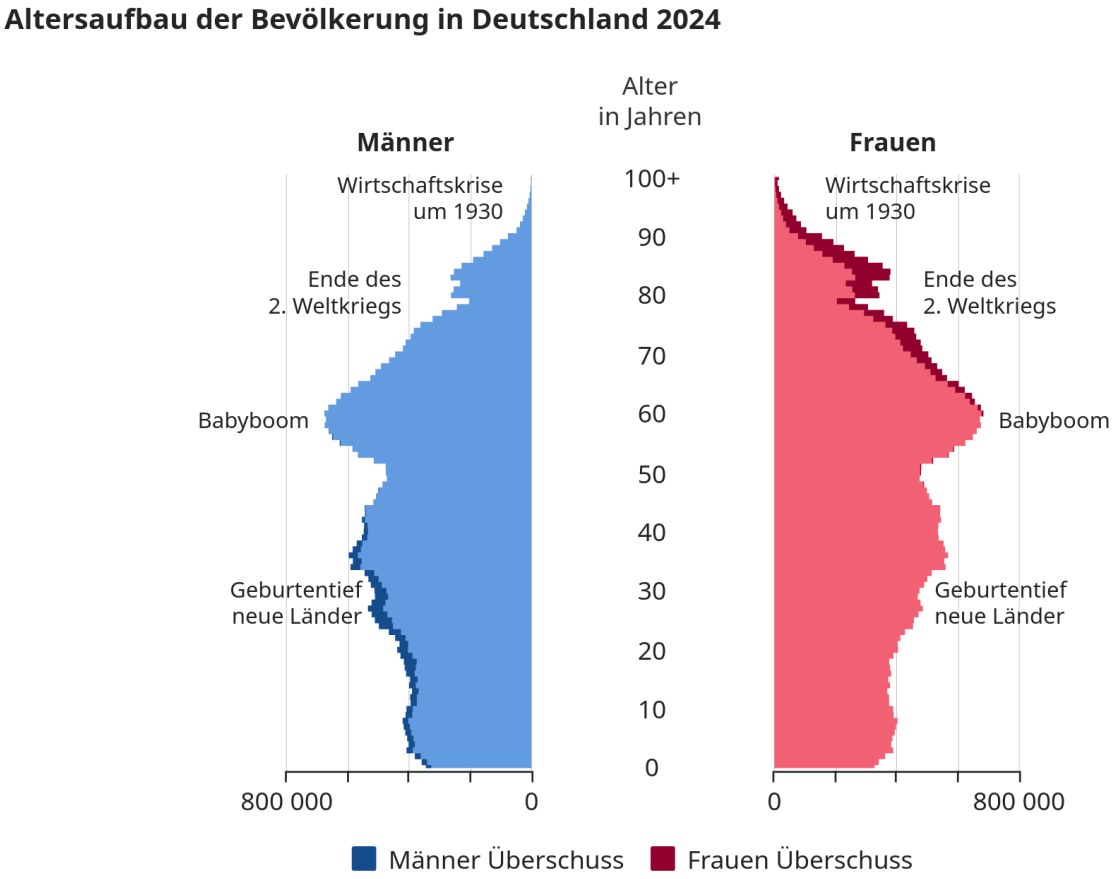


Abbildung 19: Bevölkerungspyramide Deutschland 2026

Ich gehe davon aus, das diese Grafik keiner weiteren Erklärung bedarf.[54] Diese Altersverteilung ist kein überraschender Befund. Ich erinnere mich bereits zu meiner Schul- und Studentenzeit davon gehört und gelesen zu haben. Das ist mehr als fünfzig Jahre her und kann somit politische Entscheidungsträger nicht überrascht haben. Warum das so ist,

[54]Wer dennoch weiterlesen möchte: Destatis: Bevölkerung

warum Wohlstand und Konsum überall auf der Welt zu einem starken Geburtenrückgang führt, ob und was man „dagegen unternehmen kann“, das ist nicht Gegenstand dieses Aufsatzes. Das Problem ist lange bekannt. Das muss hier genügen.

Von volkswirtschaftlicher Bedeutung ist dabei insbesondere das Verhältnis von arbeitender zu nicht arbeitender Bevölkerung. Und dabei muss man noch einmal unterteilen in selbständig Tätige und abhängig Beschäftigte. Denn es ist in unserem System so, dass Selbständige nicht in einer Rentenversicherung pflichtversichert sein müssen. Ebenso gehören die Beamten-Pensionen nicht zum System der RV. Da diese Bevölkerungsgruppen nicht in das Sozialsystem RV einzahlen, tragen sie auch nichts direkt zur solidarischen sozialen Grundsicherung in unserem System bei. Armutsrenten, Grundrenten von Bevölkerungsgruppen, die keine private Vorsorge getroffen haben, werden von der Rentenversicherung „notversorgt“, in die nur die abhängig Beschäftigten und deren Arbeitgeber einzahlen. Und da es immer weniger abhängig Beschäftigte gibt liegt es auf der Hand, dass die Wenigen immer höhere Beiträge zahlen müssen, oder die staatlichen Zuschüsse zu den sozialen Systemen steigen. Aber bevor wir uns hier auf Spekulationen einlassen, suchen wir lieber nach Daten, die uns die Veränderungen in diesem System anzeigen können.

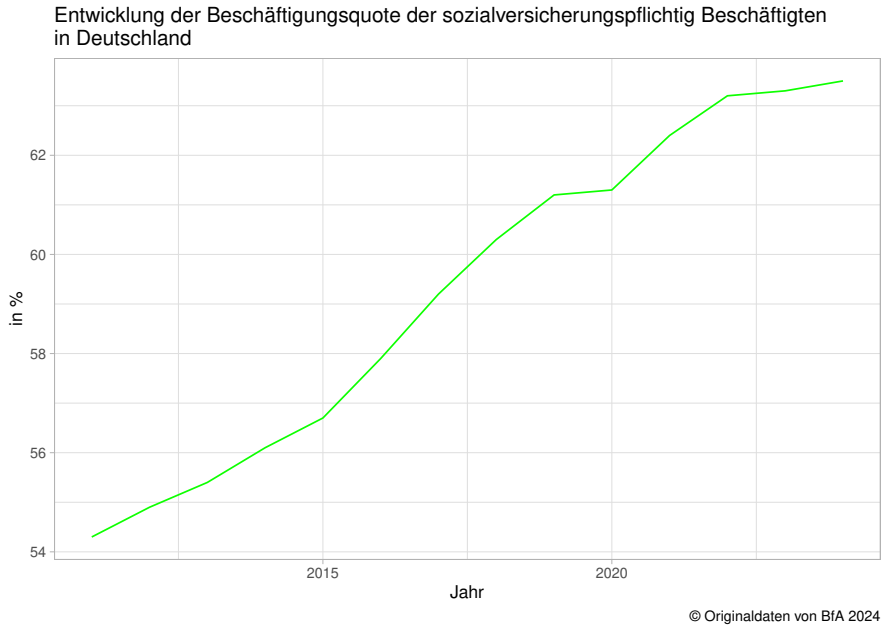


Abbildung 20:
Beschäftigungsquote der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland

Der Kurve in Abb. 20 entnehmen wir zunächst lediglich, dass die Anzahl der sozialversi-

cherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren stetig angestiegen ist. Das muss aber nicht gleichzeitig bedeuten, dass die eingezahlten Beträge in die Sozialsysteme ebenfalls in dieser Form angewachsen sind. Ein Grund könnte die unterschiedliche Zuwachs an Beschäftigungsverhältnissen in unterschiedlichen Einkommensklassen sein.

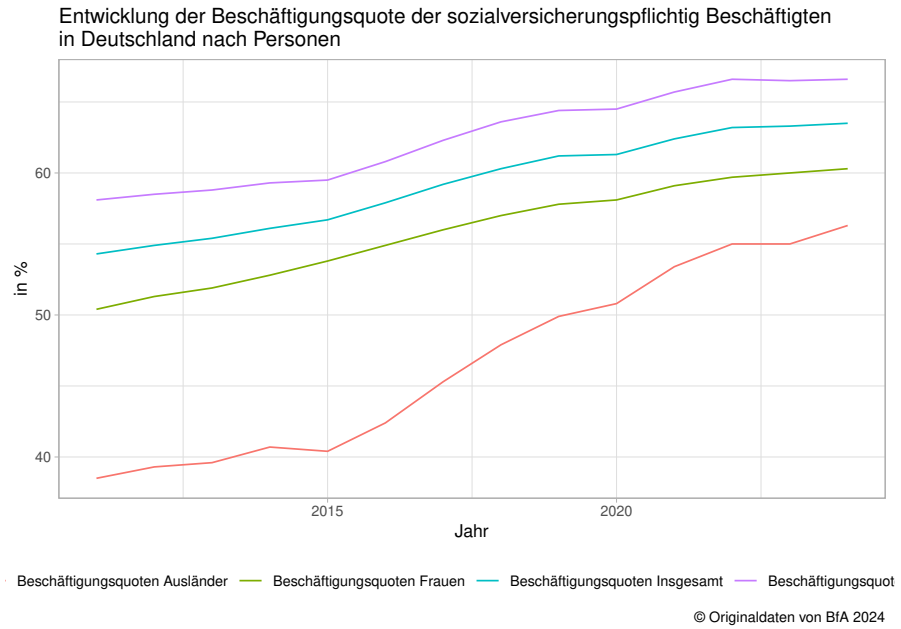


Abbildung 21:
Entwicklung der Beschäftigungsquote sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter in Deutschland nach Personengruppen

Wir sehen, dass der Anteil der beschäftigten Frauen fast parallel zum Anteil der Männer zunimmt. Da Frauen jedoch viel häufiger durch die Kinderbetreuung in Teilzeit arbeiten und generell immer noch weniger verdienen als Männer, leuchtet ein, dass zwar insgesamt die mit der Anzahl der Beschäftigten auch die totale Summe der Einnahmen aus den SV-Beiträgen steigt, aber pro Arbeitnehmer tendenziell sinkt. Dieser Effekt wird noch weiter verstärkt durch den starken Zustrom von Ausländern in den deutschen Arbeitsmark. Da hinter dieser Zunahme in großer Zahl seit 2015 und 2022 mit Sicherheit viele Flüchtlinge aus Syrien und der Ukraine stehen, müssen wir auch bei dieser Personengruppe von deutlich niedrigeren Beitragsleistung ausgehen, weil sie erst über viele Jahre der Anpassung hinweg so in die Arbeitswelt integriert werden, dass sie vergleichbare Arbeitsentgelte erreichen und damit auch entsprechende Beiträge leisten. To do (12)

Wenn wir auf diesem Wege keine Erklärung finden, führt uns vielleicht die Aufklärung darüber, ob „die Deutschen“ insgesamt zu wenig arbeiten näher an das Verständnis dessen, was mit dem Eingangszitat gemeint ist.

Als erster betrachten wir die Anzahl der Erwerbstätigen.

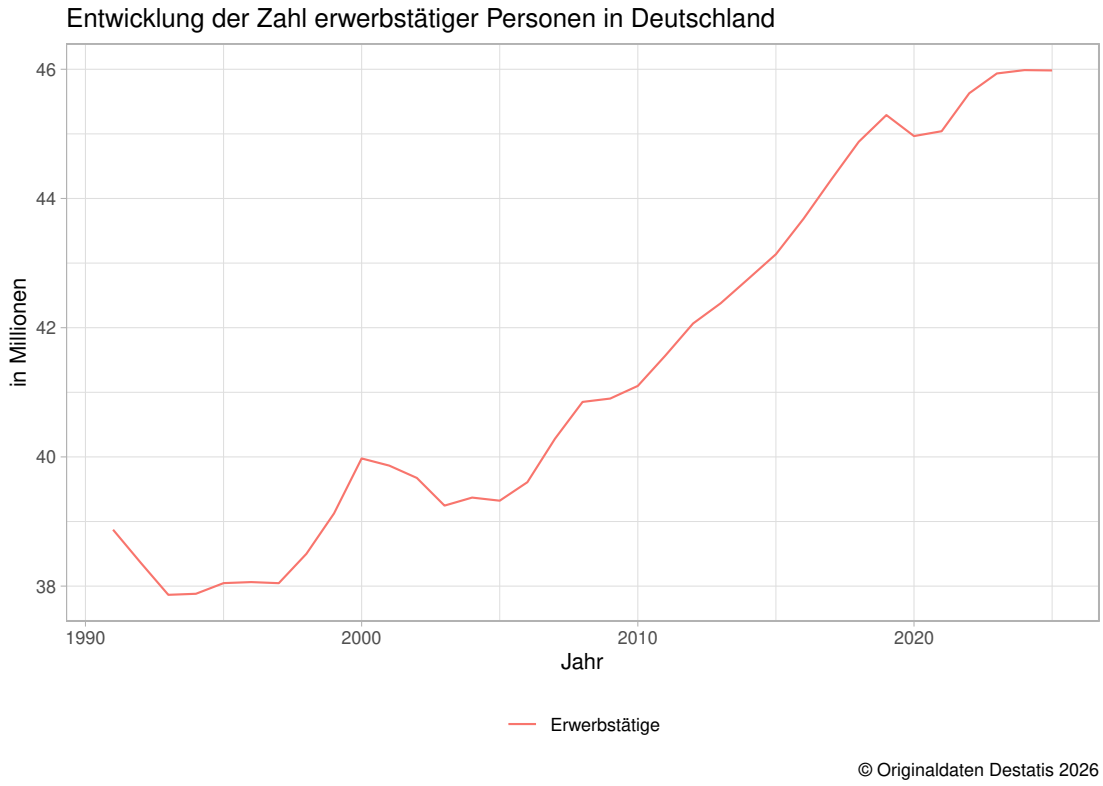


Abbildung 22: Entwicklung der Anzahl der erwerbstätigen Personen in Deutschland

Was wir sehen ist: es sind von Jahr zu Jahr mehr Deutsche erwerbstätig. Die schiere Zahl derer, die einer Arbeit nachgehen kann also nicht gemeint sein.

Das die Kurve ab 2022 stark abflacht liegt nicht daran, dass die Deutschen plötzlich nicht mehr arbeiten wollen sondern an der beginnenden Stagnation.

Wir können uns nun auch noch die Frage stellen, wie viele Stunden diese Personen gemeinsam pro Jahr arbeiten, denn es könnte ja sein, dass zwar mehr Personen erwerbstätig sind, sich jedoch die Arbeitszeit jeder einzelnen Person so sehr verringert hat, dass am Ende die Summe aller Arbeitsstunden geringer ausfällt. To do (13)

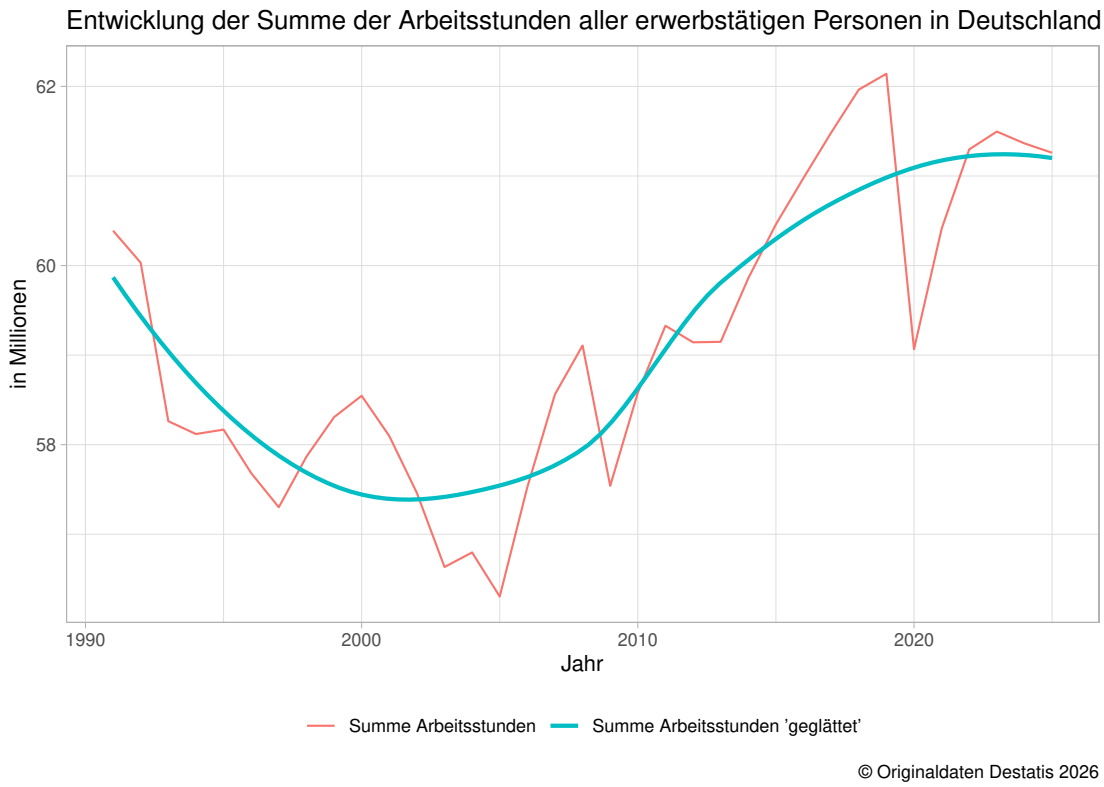


Abbildung 23:
Entwicklung der Summe der Arbeitsstunden aller erwerbstätigen Personen in Deutschland

Auch hier ist kein Grund zur der Annahme ersichtlich, die Deutschen wollten nicht mehr arbeiten. (Siehe Absatz 12 Seite 62)

Stattdessen könnte man danach forschen, welcher Faktor die Wirtschaftsleistung der Erwerbstätigen mehr steigert:

1. die Verlängerung der Arbeitszeit
2. oder die Steigerung der Arbeisproduktivität?

Es ist eigentlich eine volkswirtschaftliche „Binse“, dass die Wirtschaftsleistung moderner Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften stärker durch die Arbeitsproduktivität stimuliert wird, als durch die Verlängerung der Arbeitszeit.

Aber auch die Arbeitsproduktivität kann auf verschiedene Weise gesteigert werden:

1. z.B. schneller arbeiten durch mehr druck oder ein Prämiensystem,
2. oder durch Innovation:
   - Bildung
   - Arbeitsorganisation
3. oder durch Investition in modernere Produktionsmittel

Es ist aber kein Geheimnis, dass das deutsche Produktivvermögen in den letzten Jahrzehnten mit Vorliebe im Ausland investiert wurde und nicht an seiner eigenen Quelle. Es wird im Gegenteil seit mehreren Jahrzehnten so argumentiert, dass es ein Innovationsmotor wäre, wenn dass Kapital erst dann an den deutschen Standort zurück kehrt, wenn sich hier die Verwertungsbedingungen grundsätzlich verbessern. Gemeint sind damit:

1. absolute Höhe der Löhne und Gehälter
2. Lohnnebenkosten
3. Steuern

Und wem das noch nicht reichte, der setzte die Liste fort mit:

4. Subventionen
5. Abnahmegarantien
6. Lohnkostenzuschüsse
7. Überlassung von vollständig erschlossenen Grundstücken

Jeder Unternehmer konnte und kann diese Liste nach Gutdünken fortsetzen und alle Politiker im Kreis der Entscheider nicken verständnisvoll. Es ist gar nicht mehr die Frage, ob dieser Forderung im konkreten Fall eine Berechtigung hat. Die Erwähnung der Abwanderung und des Abbaus von Arbeitsplätzen reicht in der Regel aus, um alle ″in der Pflicht″ vor ehrfürchtiger Zustimmung erstarren zu lassen.

Dabei kommt der Unterscheidung, ob diese Forderung berechtigt sind, oder nicht – und es steht außer Frage, dass diese Fordrungen in einzelnen Sektoren durchaus berechtig sind –, gar nicht mehr auf eine Prüfung der Umstände an. Die Ideologie des überteuerten

Standortes und der Deindustrialisierung hat sich so verselbständigt, dass die Forderung nach Innovation vom Kapital auf die Gesellschaft übertragen wurde.

Das ist aber nach der ″reinen Lehre[55]″:

1. gar nicht Aufgabe der Gesellschaft
2. kann die Gesellschaft das gar nicht leisten
   - weil ihr das Kapital dafür fehlt
   - weil die Haupt-Aufgabe des Staates der Ordnungsrahmen und nicht die Wirtschaft ist
3. und wenn die Gesellschaft es leisten muss,
   - kommt es zur der Verschuldung, die anschließend wieder als Wirtschaftsbremse kritisiert wird
   - neigt der Staat als Unternehmer zu verstärkter Regulierung und Bürokratie

Damit wollen wir das Ideologisieren und Theoretisieren aber auch ganz schnell wieder beenden. Für unser zukünftiges Fazit wollen wir an dieser Stelle lediglich festhalten:

Genauso gut, wie nach der work-life-balance und der Teilzeitmentalität der deutschen Erwerbsarbeiter, hätte der Kanzler in seinen programmatischen Reden auch einmal nach der Risiko- und Innovationsbereitschaft des deutschen Finanzkapitals fragen können … wenigsten fragen.

[55] siehe der ″Schumpetersche Unternehmerbegriff″ in: *Schriften zur Ökonomie und Soziologie, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2112*

6.1 die „Explosion“ der Sozialausgaben

Nun sind wir also bei den Sozialausgaben stecken geblieben. Sie haben uns bisher keine zahlenmäßig greifbare Erkenntnis darüber gebracht, was unser Sozialsystem zur Explosion bringt. Wir können es mit den bisher ausgegrabenen Zahlen noch nicht einmal international vergleichen. Um diesen Vergleich vornehmen zu können muss zuerst akzeptieren, dass die Sozialquote nicht aus den staatlichen Sozialausgaben geteilt durch das Bruttosozialprodukt gebildet wird, sondern im Nenner dieser Quote stehen die Summe a l l e r Ausgaben die die Gesellschaft in allen sozialen Sektoren aufwendet. Diese Summe heißt dann nicht mehr Sozialausgaben, sonder Sozialbudget:

Nun müssen wir uns zunächst einen Überblick darüber verschaffen, was alles zum Sozialbudget dazugerechnet wird.

Leistungen nach Funktionen:

1. Krankheit
2. Invalidität
3. Alter
4. Hinterbliebene
5. Kinder
6. Ehegatten
7. Mutterschaft
8. Arbeitslosigkeit
9. Wohnen
10. Allgemeine Lebenshilfen

Finanzierung nach Quellen:

11. Unternehmen
12. Bund
13. Länder
14. Gemeinden
15. Sozialversicherung
16. Private Organisationen
17. Private Haushalte
18. Übrige Welt

Wie einleitend schon bemerkt, zeigt uns die rechte Spalte „Finanzierung nach Quellen“, dass sich das Sozialbudget durch die Hinzurechnung der Finanzierungsqullen ganz erheblich ausweitet.

Graphisch veranschaulicht sieht die Entwicklung der gesamten Sozialausgaben nach Funktionen dann so aus:

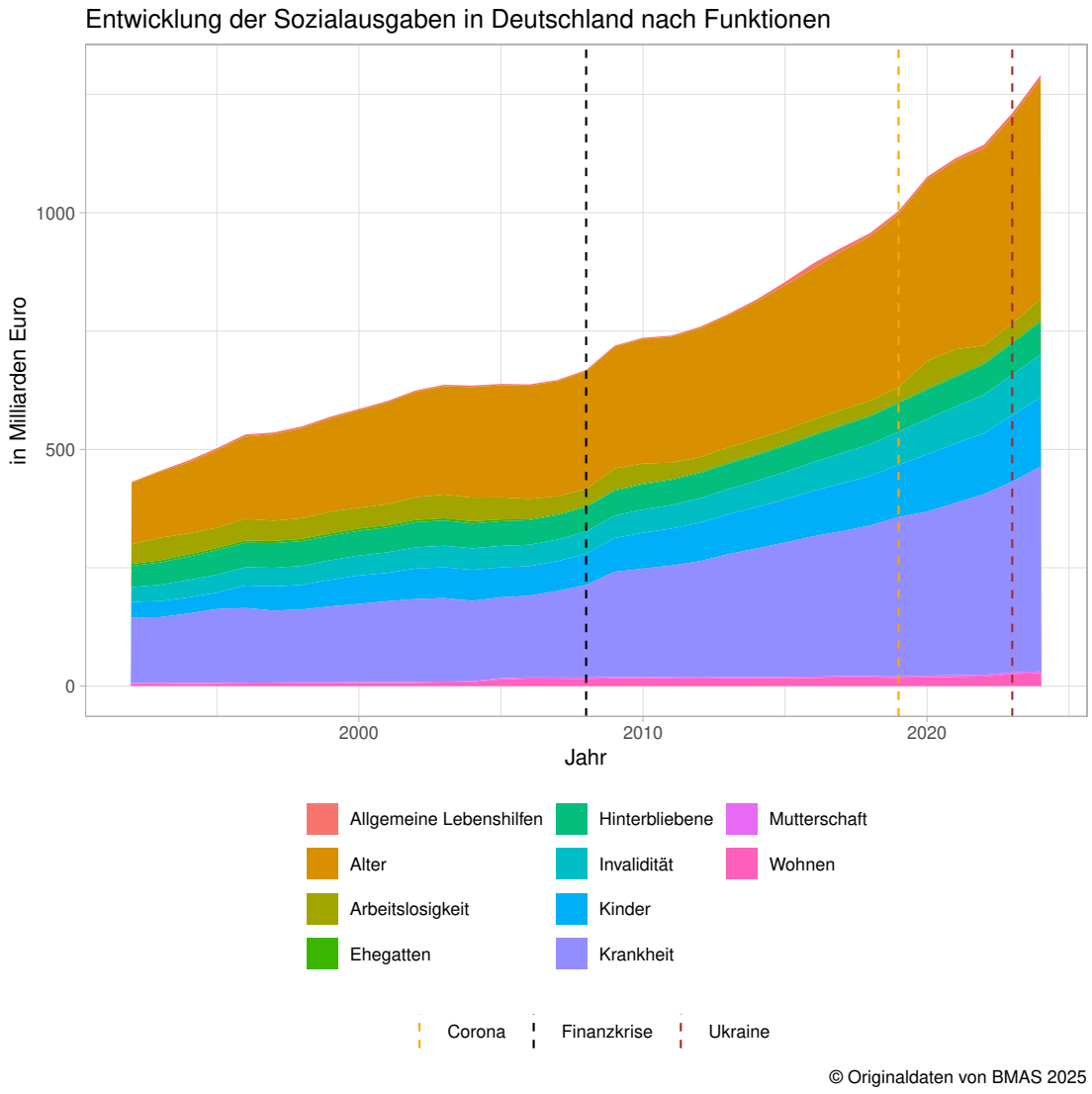


Abbildung 24: Entwicklung der Ausgaben für Sozialleistungen insgesamt.

Innerhalb von 10 Jahren sind die Sozialausgaben auf das zweieinhalbfache angestiegen. Das ist eine durchaus bemerkenswerte Steigerung. Und das ist wohl auch der Grund den F. Merz, seiner Regierungsfraktion und der rebellischen Jungen Union meinen, wenn sie sagen „...das können wir uns nicht mehr leisten“.

Unsere schöne Grafik stellt diese Behauptungen aber auch gleich wieder in Frage: Wie sollen wir uns Alter und Krankheit nicht mehr leisten. Was ist damit gemeint? Nun wissen wir auch statistisch gesichert woher die aktuellen Forderungen stammen.

Die da – zum Teil – sei Jahrzehnten in immerwährender Wiederholung wie folgt lauten:

1. Verkürzung des Alters durch mehr Lebensarbeitszeit bei späterem Renteneintritt
2. Privatisierung der Altersvorsorge – als Eigenverantwortung
3. Veringerung der Krankentage durch Abschaffung der telefonischen Krankschreibung
4. Kürzung und Abschaffung von Kassenleistungen (nur noch private Zahnarztbehandlung)

Worauf sie abzielen ist ebenso einleuchtend.

5. Veringerung der Rentenzuschüsse durch den Staat
6. Veringerung der staatlichen Zuschüsse zu den Krankenkassen

Was dabei auf den ersten Blick wie eine logische Schlussfolgerung aussieht, muss aber nach einem zweiten Blick dann doch sofort wieder hinterfragt werden.

1. Was treibt die Gesundheitsausgaben mehr in die Höhe:
   a) die Anzahl der Kranken Arbeitnehmer
   b) die Preise für die Arzneimittel
   c) die Krankenhauskosten
   d) die immer komplexeren wissenschaftlichen Heilmöglichkeiten
2. darf man wirklich nicht erst einmal fragen,
   a) seit wann der demografische Wandel bekannt ist,
   b) bevor man a u s g e r e c h n e t diejenigen Rentner zur Kasse bitte möchte, die eh nichts im Alter zu verschenken haben (man hört nichts von Pensionskürzungen, oder Kapitalbesteuerung von Renditen als „Altersicherung“)
   c) und warum andere Länder schon vor Jahrzehnten mit der Einführung einer z u s ä t z l i c h e n, kapitalgedeckten Rente begonnen haben
   d) während die Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte in den Wachstumsjahren die Renten- und Gesundheitsüberschüsse immer wieder in Versicherungsfremde Leistungen umgemünzt haben, anstatt ebenfalls einen Kapitalstock aufzubauen

Diese Fragen werden in dieser Debatte nicht mehr gestellt, denn „der Zug ist abgefahren“. Was kümmert uns unser Geschwätz von gestern: gespart werden muss heute. Die Vergangenheit ist Vergangenheit und Vorbei usw. …

Für uns ist die Vergangenheit so einfach aber nicht vorbei. Bevor wir uns einmal mehr der „Macht des Faktischen“ geschlagen geben müssen, wollen wir wenigstens noch einen Blich zu unseren Nachbarn wagen. Und sei es nur darum, unsere eigenes Versagen besser einordnen zu können.

6.2 die Sozialquote

Was eine Quote ist, wissen wir bereits, deshalb fasse ich mich hier kurz. Die Sozialquote ist das Soziabudget als Anteil vom BIP.

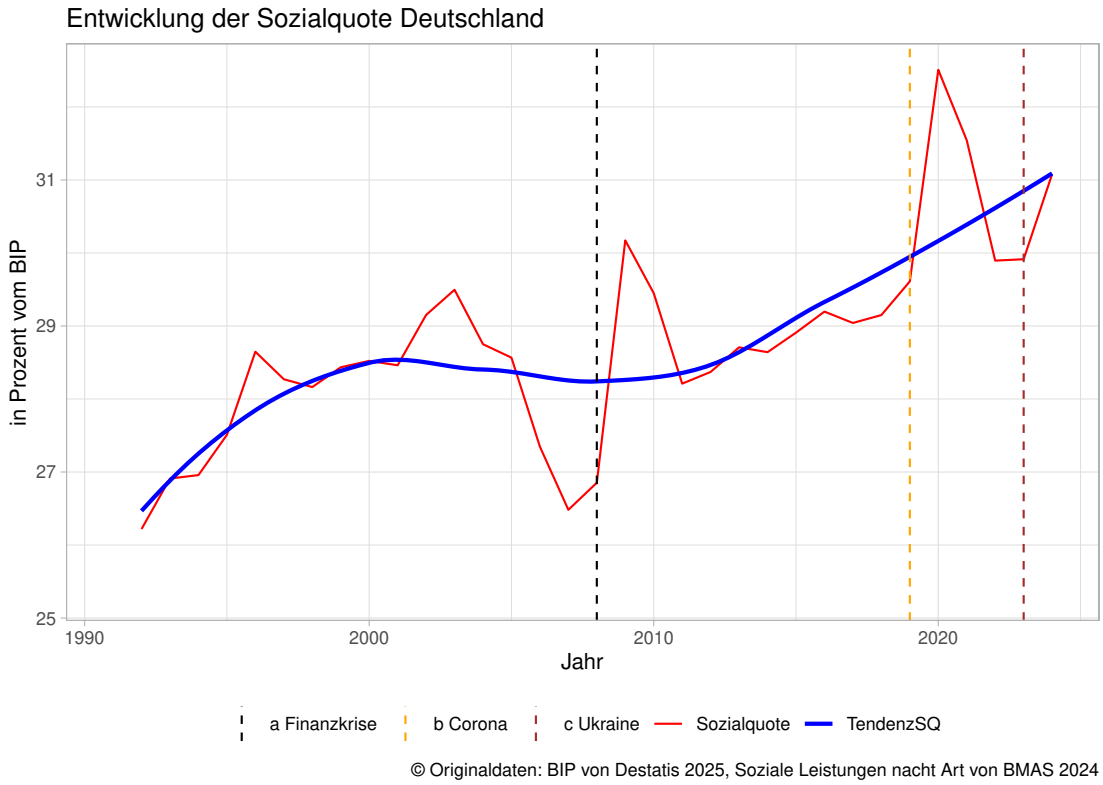


Abbildung 25: Die Entwicklung der Sozialquote Deutschands (Sozialbudget/BIP

Diese Entwicklung alleinstehend für sich, sagt uns noch nichts über die Schieflage des deutschen Sozialbudgets. Wir wissen jedoch, dass alle Länder im Demografischen Wandel ein Problem mit den steigenden Sozialausgaben haben. Deswegen ist für die Bewertung der deutschen Sozialquote ein internationaler Vergleich hilfreich.

Zum Vergleich die Sozialquoten einiger ausgewählter europäischer Staaten.

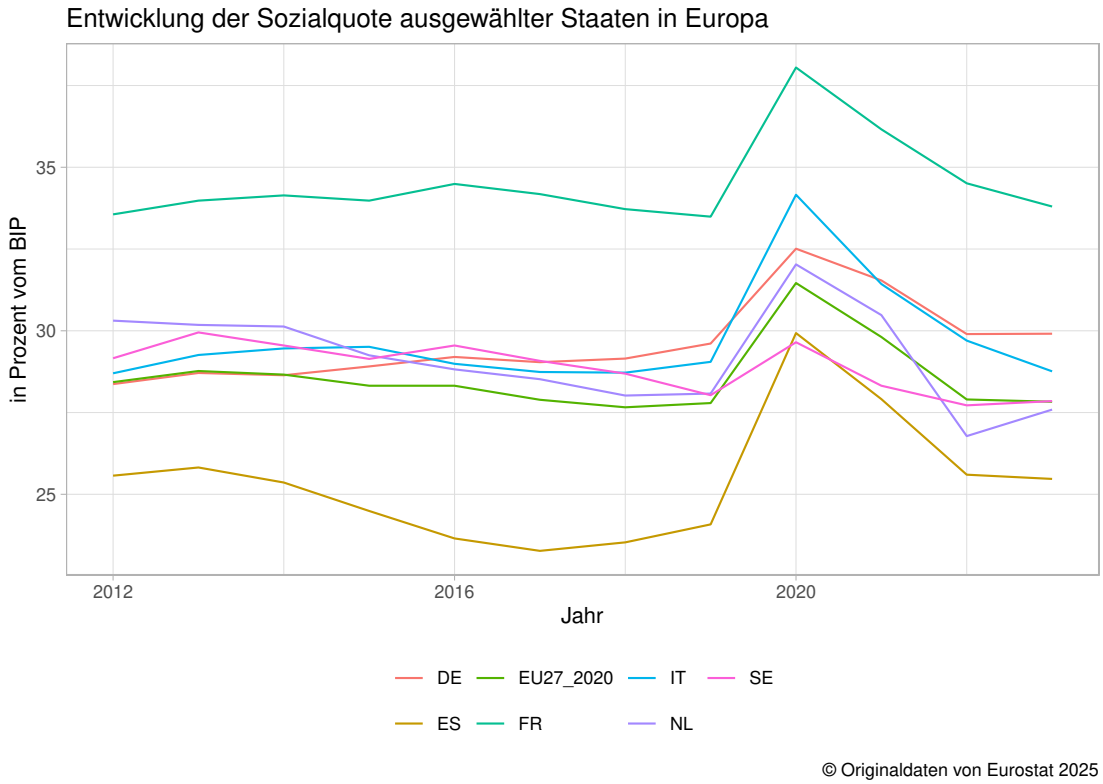


Abbildung 26:
Die Entwicklung der Sozialquoten einiger ausgewählter Staaten in Europa im Vergleich.

Was wir dabei allerdings erkennen unterstützt nicht unbedingt das Krisengemälde des Kanzlers und seiner Nachwuchsorganisation.

1. Fällt Deutschland mit seiner Sozialquote im Europäischen Vergleich nicht aus dem Rahmen.
2. Dass Länder wie Frankreich und Italien weiterhin einen abfallenden Graphen vorzuweisen haben liegt nicht unbedingt an sozialen Einsparungen (im Zähler des Bruches), sondern daran, dass sie sich nicht wie Deutschland in einer Phase der Stagnation befinden, sondern ein wachsendes BIP (im Nenner) ausweisen.

3. Vergleicht man Deutschland mit Schweden und den Niederlanden, dann erkennt man, dass auch die nördlichen Länder, die schon Jahrzehnte mit Kapitalfonds vorsorgen, von den nämlichen Problemen geplagt werden.

Fazit zur Sozialquote: Auch nach dieser Betrachtung bleibt uns nur der Schluss, dass sich Deutschland durch nichts weiter von seinen Nachbarn unterscheidet, als dass es aufgrund fehlenden Wirtschaftswachstums immer n o c h etwas schlechtere Quoten erzielt, als „die Anderen“.

Aber wir sollen uns ja auch nicht mit denen vergleichen, die ebenso schlecht, oder noch schlechter abschneiden, als wir selbst. Das lernen wir ja schon in der Schule, oder? Die drei „besten“ OECD-Länder sind Irland[56], Türkei und Mexiko. Vielleicht sollten wir uns Lebensverhältnisse schaffen, wie in diesen Ländern?

To do (14)

To do (15)

To do (16)

[56] Das Irland unter diesen Ländern ist dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass dort nur derjenige Sozialleistungen erhält,der auch in das System einzahlt. Es gibt keinen Anspruch auf Grundsicherung. Fairness hat halt seinen Preis.

6.3 Versicherungsfremde Leistungen

Versicherungsfremde Leistungen sind ein vermintes Gebiet. Es gibt sie in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und in den gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV).

Vermint ist dieses Gebiet, weil dabei entgegengesetzte Vorstellungen aufeinander prallen:

1. Die Versicherungen wünschen sich, dass nur Beitragszahler Versicherungsleistungen erhalten. Alle anderen Sozialleistungen sollen aus Steuermitteln finanziert und vom Staat selbst ausgezahlt werden.
2. Der Staat beharrt darauf, dass die gesetzlichen Versicherungen (RV u. GKV) alle Leistungen für alle Berechtigten übernehmen. Dafür bekommen sie vom Staat einen finanziellen Ausgleich, welche diese zusätzlichen Leistungen für nicht Beitragszahler ausgleichen soll.

Ein solcher Streit erscheint zunächst unsinnig. Haben doch die Versicherungen bereits die notwendige Struktur und Logistik, um alle Anspruchsberechtigten zu erreichen. Allerdings „erpresst“ der Staat die Versicherungen immer wieder:

3. In dem er die Leistungen an die Nicht-Beitragszahler nicht immer völlig ausgleicht, in dem er „nach Kassenlage“ zuschießt und somit seit Jahrzehnten verhindert, dass die Versicherungsträger Rücklagen, oder Kapitalgedeckte Leistungsanteile entwickelt.
4. Indem der Staat die Fehlbeträge auch dann nicht vollständig ausgleicht, wenn die Versicherungen keine eigenen Rücklagen haben, zwingt er diese dazu, die Beiträge zu erhöhen.

Dieses Minenfeld ist deswegen so unsinnig,

5. weil nach dem Deutschen Paritätischen Beitragssystem nicht nur die Beitragszahler unter steigenden Beiträgen leiden,
6. sondern ebenso die Arbeitgeber.
7. Es sind die Politiker und die Arbeitgeber, die lieber heute als morgen auf eine Kapitalgedeckte Altersrente umstellen würden.
8. Mit den falschen Versprechungen, dass dann
   a) die Ausgleichszahlungen wegfielen
   b) und dadurch Steuermilliarden für Investitionen frei würden

9. Aber ohne dem Wähler die Wahrheit zu sagen, dass eine private Rentenversicherung niemals versicherungsfremde Leistungen finanziere würde
10. und damit alle Zahlungen an Nicht-Beitragszahler „unwiderruflich“ bei einer staatlichen Stelle landen würden.

Dieser Widerspruch kocht immer wieder dann besonders hoch, wenn die Beiträge steigen, die Arbeitgeber aber wegen zu hoher Lohnnebenkosten protestieren oder mit Abwanderung (Deindustrialisierung) drohen.

Leider erleben die Bürger jedes Mal die Schizophrenie der jeweils aktuellen Regierung, die zusammen mit den Arbeitgebern über die zu hohen Nebenkosten klagt, aber gleichzeitig einen Gutteil daran beteiligt ist, dass die Beiträge „schon wieder“ steigen.

Dieses Paradoxon ist eine beredtes Beispiel dafür, sie sich der deutsche Staat in seiner Handlungsmöglichkeit selbst einengt: Einerseits will er nicht darauf verzichten, dass die Versicherungen ihm einen Teil seiner Pflichten abnehmen, andererseits klagt er über die Höhe der Kosten. Es sind nicht nur die gesetzlichen Versicherungen, die immer wieder Einspruch gegen dieses System erheben, die Regierungen werden auch bereits mehrfach vom Bundesrechnungshof gemahnt, diese System zu ändern. Allein mit der gleichen Regelmäßigkeit mit der dieses System hinterfragt wird, wieder sprechen die wechselnden Regierungen und halten eine Änderung für ein ungerechtfertigtes Ansinnen.

Was bei dieser Selbstblockade leider zu kurz kommt, das das ist die Tatsache, dass der Demografische Wandel so, oder so eine Änderung erzwingen wird, denn die immer weniger werdenden Beitragszahler können diese „Kostenexplosion“ nicht auffangen und die Arbeitgeber befinden sich darob ermüdet auf dem Rückzug ins Ausland. Die Meinung der Bürger, zumindest derjenigen, die von diesem Paradoxon wissen, über ihre Regierung, steigt damit nicht. Im Gegenteil: das jahrzehntlange Gezänk um immer den gleichen Kuchen ermüdet und ein weiteres Scherflein dazu bei politisch lieber zu privatisieren: „… da kann man ja sowieso nichts machen“.

Wir wollen an dieser Stelle nicht in die allgemeine Klage einstimmen, sondern schauen uns nun im Folgenden lieber an, worin die Versicherungsfremden Leistungen bestehen genau.

Aber selbst so eine scheinbar „einfache“ Zusammenstellung von Tatsachen kann zum Problem werden:

1. Unterscheiden sich naturgemäß die Leistungen je nach Versicherung.

2. Da es keine gesetzliche Grundlage für die Abgrenzung der Versicherungsfremden Leistungen gibt – das gehört weiterhin zu Taktik des Staates – gibt es einen Teil an Leistungen, der unstrittig nicht in den Bereich der gesetzlichen Versicherungen fällt (die sogenannte e n g e A b g r e n z u n g).
3. Und darüber hinausgehend eine e r w e i t e r t e A b g r e n z u n g bei der entweder nur Teilleistungen nicht beitragsgedeckt sind, oder die in Gänze strittig erscheien.

Es sollte uns aber immer klar sein: jede dieser Leistungen, ob eng, oder erweitert, beruht auf Gesetzen (Sozialgesetzbücher), oder anderweitigen hoheitlichen Bestimmungen. Auf jeden Fall können wir gesichert immer davon ausgehen, dass die gesetzlichen Versicherungen diese fremden Leistungen nicht für sich selbst beschlossen haben. Dahinter stand immer der Wille des Gesetzgebers.

Und ein letztes Wort mehr, bevor die langen, unübersichtlichen Listen beginnen. Diese sind sehr unübersichtlich, kein unvorbereiteter Mensch kann sich das merken. Spätesten nach 10 Punkten schwirrt der Kopf.

Ich führe trotzdem alle Punkte in aller mir zur Verfügung stehenden Ausführlichkeit auf und kann auch nur bitten, diese endlosen Listen einmal in Ruhe zur Kenntnis zu nehmen. Es geht nicht darum, sich alles zu merken, vom Verstehen ganz zu schweigen. Mir geht es um Folgendes: wer diese Listen wenigstens einmal vollständig zur Kenntnis genommen hat, wird sich in Zukunft immer wieder distanziert zurücklehnen, wenn der Kanzler mit einem flotten Satz das soziale Ungleichgewicht zu beseitigen verspricht. Diese Listen sind ohne eine J a h r h u n d e r t a n s t r e n g u n g nicht zu knacken; sie haben sich in den zurückliegenden 65 Jahren so verfestigt, ja versteinert, dass sie auch einer zehnten Renten-, oder Gesundheitskommission – unter welcher Koalition auch immer – widerstehen werden. Es gibt nur einen einzigen Ausweg aus dieser Situation und das ist ein so breiter Konsens im Parlament zu Renten- und Gesundheitsfragen, dass die Schmerzen noch lange nicht stark genug scheinen, um solch ein erfolgreiches parlamentarisches Verfahren auf den Weg zu bringen.

Und nun, gewappnet mit genug warnenden Worten, hinein in das Dickicht:

6.3.1 Versicherungsfremde Leistungen GRV nach Ansicht der RV sind:

1. nach enger Abgrenzung
2. Ersatzzeiten und Beschäftigungszeiten in einem Ghetto (ZRBG)

3. FRG-Zeiten (Zeiten nach dem Fremdrentengesetz)
4. Anrechnungszeiten (wegen AU, Alo, Mutterschaft, schulische Ausbildung)
5. Altersrenten vor Regelaltersgrenze (ohne vollen Abschlag)
6. Kindererziehungszeiten (Geburten vor 1992)
7. Kindererziehungsleistungen (KLG, für „Trümmerfrauen“)
8. Zusätzliche Entgeltpunkte für Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung (ab 1992)
9. Kindererziehungszeiten (Geburten ab 1992 bis Mai 1999)
10. Grundrentenzuschlag (ab 2021)
11. Höherwertung reduzierter Beiträge im Übergangsbereich (ab 2022)
12. Erwerbsminderungsrenten wegen Arbeitsmarktlage (volle statt halber Rente)
13. Renten nach Mindesteinkommen/Mindestentgeltpunkten
14. Höherbewertung der Berufsausbildung
15. Wanderungsausgleich zur knappschaftlichen Rentenversicherung
16. anteiliger RV-Anteil zur KVdR (Krankenversicherung der Rentner:innen)
17. Leistungen aus nachgezahlten Beiträgen (z. B. Heiratserstattung)
18. Weitere, wie anteilige Verwaltungs- und Verfahrenskosten oder einigungsbedingte Leistungen
19. nach erweiterter Abgrenzung
20. „Höherwertung“ der Ost-Entgelte, bis 2016 West-Ost-Transfer
21. Splitting übersteigender Anteil der Witwen-/Witwerrenten
22. Waisenrenten

6.3.2 Versicherungsfremde Leistungen nach Ansicht der GKV sind:

23. Leistungsbereich
24. Präventionsleistungen
25. Primärprävention (Individualansatz)
26. Primärprävention (nichtbetriebliche Lebenswelten) und BGF
27. Verhütung von Zahnerkrankungen (Individual- / Gruppenprophylaxe)
28. Schutzimpfungen
29. Beitragsbefreiung
30. Beitragsfreie Mitversicherung Kinder (bis unter 25 Jahre)
31. Beitragsfreie Mitversicherung Ehepartner (25 Jahre oder älter)
32. Beitragsfreie Mitversicherung Familienmitglieder Rentner
33. Unterdeckung Kinder und Ehepartner von Bürgergeldbeziehern
34. Beitragsfreie Mitversicherung Verwaltungskostenpauschale (alle*)
35. Beitragsfreiheit für Eltern- und Mutterschaftsgeld
36. Familienbezogene Sachleistungen
37. Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft
38. Leistungen zur Empfängnisverhütung
39. Betriebs- und Haushaltshilfen
40. Weitere familienpolitische Leistungen
41. Krankengeld bei Betreuung des kranken Kindes
42. Krankengeld bei Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen für Eltern
43. Unterstützung einkommensschwacher Gruppen
44. Nicht-ausgabendeckende Beiträge für Bürgergeldbezieher
45. 9.218
46. (inkl. familienversicherter Kinder und Ehepartner)
47. Beitragspauschalen Midi-Jobs
48. Reduzierte Beiträge für pflichtversicherte Studierende

49. Zuzahlungsbefreiungen gem. Belastungsgrenzen nach § 62 SGB V
50. Freibetrag bei Leistungen der betrieblichen Altersversorgung
51. Strukturförderung im Gesundheitswesen
52. Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser
53. Strukturfonds, Förderung Geburtshilfe und weitere
54. Telematikinfrastruktur und Dateninfrastruktur
55. Weitere Leistungsbereiche
56. Innovationsförderung im Gesundheitswesen (Innovationsfonds)
57. Förderung von Aus- und Weiterbildung (Allgemeinmedizin, Pflege)
58. Verbraucher- und Patientenschutz
59. Hospiz- und Palliativversorgung
60. beitragsfreie Mitversicherung: Ehepartner, Rentner
61. beitragsfreie Mitversicherung Verwaltungskostenpauschale (Anteil, der auf erwachsene Mitversicherte entfällt)
62. Beitragsfreiheit für Eltern- und Mutterschaftsgeld
63. Beitragsreduzierung für erwerbsfähige Bürgergeldbezieher (exklusive Familienversicherte)
64. Beitragsreduzierung für Midi-Jobs
65. Beitragsreduzierung für pflichtversicherte Studenten
66. indirekte Mitfinanzierung von Krankenhausinvestitionen (Förderlücke)
67. Primärprävention (in nichtbetrieblichen Lebenswelten) und
68. betriebliche Gesundheitsförderung
69. Förderung von Aus- und Weiterbildung (Allgemeinmedizin, Pflege) (Anteil)

70. beitragsfreie Mitversicherung Kinder
71. beitragsfreie Mitversicherung Verwaltungskostenpauschale (Anteil, der auf mitversicherte Kinder entfällt)

72. nicht-kostendeckende Beiträge für Bürgergeldbezieher (ohne Familienangehörige) (insg. 5.807 Mio. €)*
73. Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft
74. Schutzimpfungen
75. Krankengeld bei Betreuung kranker Kinder
76. Krankengeld bei Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen für Eltern
77. Betriebs- und Haushaltshilfen
78. Die Belastungen durch Familienangehörige sind den Positionen „beitragsfreie Mitversicherung“ zugeordnet.

79. Hospiz- und Palliativversorgung
80. Freibeträge bei Leistungen der betrieblichen Altersversorgung
81. Telematikinfrastruktur und Dateninfrastruktur
82. Verhütung von Zahnerkrankungen (Individual-/Gruppenprophylaxe)
83. Strukturfonds, Förderung Geburtshilfe und weitere
84. Leistungen zur Empfängnisverhütung
85. Zuzahlungsbefreiungen gem. Belastungsgrenze nach § 62 SGB V
86. Förderung von Aus- und Weiterbildung (Allgemeinmedizin, Pflege) (Anteil)
87. Primärprävention (Individualansatz)
88. Innovationsförderung im Gesundheitswesen (Innovationsfonds)
89. Verbraucher- und Patientenschutz

To do (20)

To do (21)

To do (22)

To do (23)

7 Sparquote

Sparen als private Flucht aus der Notwendigkeit zur gemeinschaftlichen Innovation? = Vergesellschaftung des Risikos (innovation) und Privatisierung der Gewinne (Dividende der Staatsanleihen)

8 Fazit

Die alles übertönende Frage lauten in der Deutschen Gegenwart also nicht: wie konnte ein Volk so töricht sein und sich so einen Luftikus zum Kanzler wählen. Solchen Verblendungen fallen die Völker und Nationen immer wieder zum Opfer – mit den historisch bekannten Folgen. Es ist auch nicht die Frage, wie ein Volk eine so derartig gestörte Selbstwahrnehmung hat, dass es nach mehr als fünfzehn Jahren Krisen immer noch glaubt, die Welt ist in Ordnung, so lange ich noch mit meinem Daimler umherfahren kann. Nein die wirkliche und wahrhaft titanische Aufgabe vor der jede neue Bundesregierung unweigerlich gestellt ist, lautet: wie kann es gelingen, wenigstens das deutsche Finanzkapital dazu zu bewegen an seiner eigenen Quelle zu investieren und nicht mehr besinnungslos die nationalen Ressourcen aus denen es sich speist wohlfeil auf den Weltmarkt zu tragen. Die Größe der Kunst wird sich darin erweisen, wie das mit möglichst wenig Zwang und Verboten, sondern viel mehr mit einem Antrieb geschieht, der dem Kapital als gesellschaftliche Wirkmacht selbst innewohnt. Denn es scheint festzustehen: alle Enteignungen, alle Vergesellschaftungen in der Folge von Revolutionen oder grundstürzenden Reformen haben dieses Problem nicht beseitigt und sind als oft sehr opferreiche Fehlversuche im Orkus der Menschheitsgeschichte versunken.

To do (24)

To do (25)

9 Ausblicke, offene Fragen und politische Programme

To do (26)

Bei einem so ausschließlich negativem Fazit wollen wir es freiwillig nicht belassen. Die gesellschaftswissenschaftlichen Landschaften in Deutschland, Europa und in der Welt sind blühend genug, es bedarf eigentlich unseres bescheidenen Betrages dazu nicht. Trotzdem wollen wir an dieser Stelle die Frage stellen, wie sich die bisherigen Erkenntnisse in den Programmen der wichtigsten politischen Akteure unsere Gesellschaft niederschlagen.

Das ist wiederum ein so komplexes und umfangreiches Thema, das dazu eigentlich ein neuer, eigener Aufsatz notwendig wäre, denn es gälte zu trennen:

- nach wissenschaftlichem Erkenntnisstand
- nach gesellschaftlicher Akzeptanz dieser Erkenntnisse
- dem parteipolitischem Niederschlag dieser Ekenntnisse
- dem partei-programmatischen Anteil dieser Erkenntnisse in den einzelnen Parteien

Eine Aufgabe der wir unmöglich gewachsen sind. Wir werden uns mit wenigen Stichpunkten und mehr oder wenige zufälligen Funden und Zitaten begnügen müssen. Wohl wissend, wie sehr wir damit Spekulationen und Populismus Tür und Tor öffnen.

To do (27)

- Europa oder Deutschland
- MAGA
- BRICS
- unipolar versus hegemonial
- hoheitliche Versorgungsstrukturen
  - regional
  - förderal
  - national
  - europäisch
  - international

9.1 Sozialpolitik

- Gemeinschaftsaufgaben od. jeder für sich allein
- die „kulturgeschichtliche“ Leistung des Kapitals und seine Grundlagen
- wann ist eine Gesellschaft eine Gesellschaft

9.2 Finanzpolitik

- Regulierung des (internationalen) Finanzkapitals

9.3 Wirtschaftspolitik/Industriepolitik

- Was ist Industriepolitik
  - Bedarfe schaffen
  - Bildung, Forschung & Entwicklung
  - Bestandsschutz für Unabhängigkeit
  - hoheitliche Netze
  - k e i n Bestandsschutz für veraltete Stukturen
    - Autoindustrie
    - nicht nachhaltige Energie
- Mehrarbeitszeit od. Arbeitsproduktivität
- Industriepolitik und „Sozialismus“
- Grenzen des Marktes (Marktkräfte):
  - räumlich
  - regulatorisch
  - „Selbstheilungskräfte“
- Bürokratie versus Regulierung
  - Bürokratie als Schutz des Eigentums
  - Regulierung = Sozialismus
- wie kann man Innovation volswirtschaftlich messen?

Abbildungsverzeichnis

1 Verhältnis von Rendite zu Inflationsrate in Deutschland 1994 bis 2023. . . 19
2 Entwicklung der Schulden des Öffentlichen Gesamthaushaltes 1950-2024 . 29
3 Entwicklung des Bruttoinlandproduktes 1991-2024 31
4 Entwicklung des Bruttoinlandproduktes im Vergleich zu den Schulden 1991-2024 32
5 Entwicklung des Bruttoinlandproduktes im Vergleich zu den Schulden 1991-2024 33
6 Entwicklung des Bruttoinlandproduktes im Vergleich zu den Schulden 1991-2024 in der EU 34
7 Kredite Bundeshaushalt, Sondervermögen und Mitfinanzierung Abwicklungsanstalten und KfW 39
8 Summe aller Sondervermögen 40
9 Quotient aus Summe der Sondervermögen und allen Schulden 41
10 Entwicklung der Sondervermögen 42
11 Die Aktuellen Sondervermögen 43
12 Die Anlässe der aktuellen Sondervermögen. 45
13 Ausgaben des Bundes 46
14 Ausgewählte Ausgabearten und zeilliche Anlässe 47
15 Verteitigungsquote nach destatis.de 52
16 Verteitigungsquote nach SIPRI 53
17 ausgewählte Rüstungsquoten im internationalen Vergleich 54
18 Verteidigungsquote Deutschland mit Sondervermögen 55
19 Bevölkerungspyramide Deutschland 2026 59
20 Beschäftigungsquote der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland 60
21 Entwicklung der Beschäftigungsquote sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter in Deutschland nach Personengruppen 61
22 Entwicklung der Anzahl der erwerbstätigen Personen in Deutschland . . . 62
23 Entwicklung der Summe der Arbeitsstunden aller erwerbstätigen Personen in Deutschland 63
24 Entwicklung der Ausgaben für Sozialleistungen insgesamt. 67
25 Die Entwicklung der Sozialquote Deutschands (Sozialbudget/BIP 70
26 Die Entwicklung der Sozialquoten einiger ausgewählter Staaten in Europa im Vergleich. 71

Tabellenverzeichnis

1 Haushaltstitel 37

Verzeichnis der Aufzählungen

1 Schuldenarten . . . 7
2 Familienunglück . . . 8
3 weiteres Familienunglück . . . 9
4 Firmenglück . . . 10
5 Krisen haben Verlierer und Gewinner . . . 11
6 unterschiedliche Auswirkungen von Krediten . . . 12
7 Zahlungsfall des Staates: Arten . . . 14
8 Auswege aus dem Zahlungsausfall . . . 14
9 Staatsanleihen . . . 20
10 Staatschulden als „Januskopf“ . . . 21
11 Krisenfragen . . . 22
12 kurzfristige Lösungen der Regierung . . . 22
13 weiterer Familienkrisen . . . 24
14 Formen von Krisen in der Firma . . . 25
15 Kredite und Zinsen des Staates . . . 27
16 Krisenebenen . . . 28
17 Formen von Krisen . . . 28
18 aktuelle deutsche Krisenformen . . . 28
19 Krisensymptome . . . 56

To do...

- ☑ 1 (p. 5): Der Aufsatz ist also nicht nur eine Kritik, des Zitates, sondern auch die Suche nach den Schuldigen, die den Anlass für dieses Zitat bilden könnten
- ☐ 2 (p. 21): Immer die Prüfen, ob die Fußnotentexte noch mit den Nummern übereinstimmen, falls vorher neue Fussnoten dazugekommen sind!
- ☑ 3 (p. 22): Datum von today kontrollieren, es muss der 5. März in der Ausgabe erscheinen
- ☑ 4 (p. 26): hier muss noch ein hinführender Satz vor der Aufzählung stehe.
- ☐ 5 (p. 30): andere Stelle? wo ist diese andere Stelle?
- ☐ 6 (p. 30): Quotienten Privatschulden? Quotienten der Familien- u. Firmenschulden? Wie lange braucht die Famile Schwab, um ihre Schulden abzubezahlen, die Firma Oberschwab? Vielleicht wird aus so einem Vergleich die „Leichtigkeit“ der Saatsschulden fassbarer??
- ☐ 7 (p. 30): Korr 12.3.26 15:58 Korr 12.3.26 15:58
- ☑ 8 (p. 34): Referenz, Sprungziel und Rücksprung testen einbauen
- ☐ 9 (p. 41): Kontrollmöglichkeiten der Sondervermögen recherchieren
- ☑ 10 (p. 41): Grafiken der Sondervermögen Extrahaushalte einfügen? in Relation zum regulären Haushalt?
- ☐ 11 (p. 46): wo finden wir eine Aufschlüsselung der Verwendung der Bundesschulden?
- ☐ 12 (p. 61): die Beschäftigungsquote insgesamt in Abb 19 stimmt nicht mit der in Abb 20 überein!
- ☐ 13 (p. 62): Statistik Arbeitsstunden
- ☐ 14 (p. 72): In Fußnote Anmerkung nachtragen, warum die Sozialquote im Diagramm Deutschalnd noch immer steigt, währen der Graph im in ternattionalen Vergleich abflacht = BMAS endet zeitiger als Eurostat
- ☐ 15 (p. 72): zwei Arten von Sozialausgaben: notwendige (Gesundheit), befriedende (Stütze, ALG usw.)
- ☐ 16 (p. 72): Übergang klarer, warum jetzt die Untersuchung der Versichrungsfremden Leistungen folgt

☑ 17 (p. 72): Sozialquote und internationaler Vergleich der Sozialquoten

☑ 18 (p. 72): die Explosion der Sozialausgaben: was soll das sein? Suchen und zeigen

☑ 19 (p. 75): Tabelle nur in Aufzählung umwandeln und Tabelle für KV suchen

☐ 20 (p. 79): Eine kurze Geschichte der versicherungsfremden Leistungen

☐ 21 (p. 79): Nationalismus als Antiglobalisierung

☐ 22 (p. 79): Alex zu Gesundheitslkosten berfagen?: Gibt es eine seriöse Studie, ob Privatisierung im Gesundheitswesen zu Kostensenkungen geführt hat?

☐ 23 (p. 79): hier im Kapitel noch einmal Familie & Firma aufnehmem?

☐ 24 (p. 80):

1. Der demografische Wandel als Ursache des der Explosion
2. die Plünderung der Sozialkassen in der Vergangenheit
3. die heute Notwendigkeit von Sozialfonds,
4. Politikfehler der Vergangenheit
5. die verlorene Zeit
6. zeitliche Perspektiven
   (im Vergleich: wie lange haben Schweden, oder die Niederlande gebraucht, um ihre Sozialfonds aufzubauen)

☐ 25 (p. 80):

1. Wieso weden die Arbeitslosen, die Kranken und die Rentner durch eine Sozialrefom „bestraft“?
2. Haben denn nicht die Leistungsträger die heutige Situation geschaffen? Wo ist ihr Beitrag?

☐ 26 (p. 81): vielleicht diesen ganzen Abschnitt nur auf Aufzählungen beschränken und gar nichts ausformulieren?

☐ 27 (p. 81): lieber weglassen?